Nr. 88. Halle (Saale), Donnerstag, den 13. April 1916. 27. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Per monatlich Bezugspreis beträgt 80 Pf. frei ins Haus. Durch die Post 70 Pf. oder vierteljährlich Mk. 2,10 ohne Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.
Schriftleitung: Harz 42/44. Fernsprech. 1046 Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 46 mm breite Kolonelzeile od. deren Raum 20 Pf., für auswärtige Kreise 25 Pf., Anzeigen unter Text (92 mm breite Reklamezeile) 75 Pf.
Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben. (Größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).
Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernsprecher 1047 Geöffnet: werktags ununterbrochen 9–7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 13. April 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im allgemeinen konnte sich bei den meist ungünstigen Beobachtungsverhältnissen des gestrigen Tages keine bedeutendere Gefechtstätigkeit entwickeln. Jedoch blieben beiderseits der Maas, in der Woevre-Ebene und auf der Cotes südöstlich von Verdun die Artillerien lebhaft tätig.

Südöstlich von Albert nahm eine deutsche Patrouille im englischen Graben 17 Mann gefangen.

Ein französischer Gasangriff in Gegend von Puisaleine (nordöstlich von Compiègne) blieb ergebnislos.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Südlich des Narocz-Sees verstärkte sich das russische Artilleriefeuer gestern nachmittag merklich.

Oestlich von Baranowitschi wurden Vorstöße feindlicher Abteilungen von unseren Vorposten zurückgewiesen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

*

Bericht des österreichischen Generalstabes.

Wien, 12. April. Italienischer Kriegsschauplatz. Die lebhafteren Geschützkämpfe in einzelnen Frontabschnitten dauern fort. — Bei Riva wurde der Feind, der sich in einigen vorgeschobenen Gräben und einer Verteidigungsmauer südlich Sperone festgesetzt hatte, aus diesen Stellungen wieder vertrieben. Der italienische Angriff ist somit vollständig abgeschlagen.

*

Unerhörte Verluste der Russen.

Aus einer Zusammenstellung aus russischer, schwedischer und französischer Quelle werden folgende russische Verlustziffern vom 4. August 1914 bis zum 1. März 1916 bekanntgegeben: 2 500 000 Tote, 1 500 000 kriegsuntaugliche Invalide, 1 500 000 Gefangene und zwei bis drei Millionen Leichtverwundete und Kranke, zusammen also die Riesenziffern von 7½ bis 8½ Millionen Menschen.

Volksaufstände in Portugal gegen den Krieg.

Der Sonderberichterstatter des Pester Lloyd drahtet einem Blatte aus Bajadoz: Die Lissaboner Kaserne der republikanischen Garde war kürzlich wieder der Schauplatz größerer Meutereien, so daß Marinetruppen zur „Herstellung der Ordnung" herbeigerufen wurden. Zwischen den Landtruppen und den schon gänzlich anglisierten Marinesoldaten gibt es fortwährend Schlägereien und blutige Verwürfnisse. Besonders empört ist die Bevölkerung über die gewaltsame Unterdrückung aller Friedenskundgebungen, wogegen die Regierung es den Truppen gestattet, an den von den Vierverbändlern veranstalteten Umzügen teilzunehmen, die allerdings in blutige Schlägereien auszuarten pflegen. Der Norden des Landes ist in hellem Aufruhr. Die Regierung muß fortwährend Truppen senden, um das Weitergreifen der Bewegung zu verhindern. Die Plünderung der Läden und Zerstörung von Amtssitzen ist an der Tagesordnung. Ueberall kommt es zu blutigen Zusammenstößen. In Evora fiel das dortige ehemalige Schloß der Braganza einer Brandstiftung zum Opfer.

Die Regierung erließ eine Amnestie für politisch Verurteilte und Verbannte, ausgenommen die Mitglieder der Königsfamilie. Ueberaus groß ist die Angst in den Hafenstädten vor deutschen Tauchbooten. Die Bevölkerung befürchtet deutsche Vergeltungsakte.

*

Die Abberufung Sarrails aus Saloniki wird von der französischen Presse mit wichtigen Entschließungen der obersten französischen Heeresleitung hinsichtlich der französischen Balkanarmee in Verbindung gebracht. — Mit General Sarrail werden, wie Mailänder Blätter melden, noch neun dem Generalstabe in Saloniki zugeteilte französische Stabsoffiziere nach Frankreich zurückberufen.

Ganz Irland im Belagerungszustande. Nach Meldungen schweizerischer Blätter aus London ist durch Königliche Verfügung der Belagerungszustand am 8. April auf ganz Irland ausgedehnt. Bisher war der Belagerungszustand nur in Dublin und den Hafenstädten erklärt.

*

Die Zuckerzuteilung!

Berlin, 13. April. (W. T. B.) Nach den Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über den Verkehr mit Verbrauchszucker ist der Regelung des Verbrauchs durch die Kommunalverbände bis auf weiteres eine Zuckermenge von einem Kilogramm monatlich für den Kopf der Bevölkerung zugrunde zu legen.

Kriegsgewinnsteuer auch für die Fürsten.

Berlin, 13. April. (W. T. B.) Bei der Beratung des Kriegsgewinnsteuergesetzes im Hauptausschusse des Reichstags erklärte der Reichsschatzsekretär, daß er unter Wahrung des grundsätzlichen Standpunktes, daß die Bundesfürsten und ihre Gemahlinnen der direkten Besteuerung durch das Reich nicht unterliegen, mitteilen könne, daß die Bundesfürsten und ihre Gemahlinnen sich ebenso wie beim Wehrbeitrage freiwillig bereit erklärt haben, an der Steuer teilzunehmen.

Die Bedeutung von Asquiths Rede.

Zur bedeutsamen Rede des englischen Ministerpräsidenten Asquith war es uns aus bekannten Gründen nicht möglich, unsere Stellungnahme den Lesern mitzuteilen. Wir müssen uns mit der Wiedergabe von Preßstimmen behelfen aus Blättern, die unter glücklicheren Umständen erscheinen können. So schreibt die Leipziger Volkszeitung:

„Asquith hat das Kriegsziel der „Vernichtung des preußischen Militarismus" jetzt näher begrenzt durch die Feststellung, daß es nicht bedeuten soll die Absicht, Deutschland zu erdrosseln, es von der Karte Europas wegzuwischen, sein nationales Leben zu zerstören oder zu verstümmeln oder sich in die freie Ausübung seiner friedlichen Bestrebungen einzumischen! Damit weist der englische Ministerpräsident die Pläne der Annexionisten und Ueberchauvinisten in seinem Lager ab, er versichert feierlich, daß der Vierverband nicht die Zerstückelung noch wirtschaftliche Erdrosselung Deutschlands will. Was er unter der Vernichtung des militärischen Herrschaft Preußens versteht, das läßt sich aus seinen weiteren Ausführungen über das „internationale System" erkennen, das „den Grundsatz gleicher Rechte für alle zivilisierten Staaten sicherstellen wird," den Grundsatz, „daß internationale Probleme durch freie Unterhandlung unter gleichen Bedingungen zwischen freien Völkern behandelt werden müssen". Das ist immer noch reichlich unbestimmt, aber der folgende Satz, daß „eine solche Uebereinkunft nicht länger durch das überwältigende Gebot einer Regierung, die von einer militärischen Kaste beherrscht wird", verhindert werden darf, dieser Nachsatz verbreitet über diese Ausführungen verhältnismäßige Klarheit. Es ist die Forderung der internationalen Abrüstung und des internationalen Schiedsgerichts, die der englische Ministerpräsident hier vor Europa aufgestellt hat, die er als das Friedensziel des Vierverbandes proklamiert hat. Und wenn wir demnach seine Bedingungen, wie sie aus dieser Rede hervorgehen, in die kürzeste Formel bringen sollen, so würde sie lauten: **Herstellung des Standes vor dem Kriege, internationale Abrüstung, internationales Schiedsgericht.** Da der deutschen Presse die Erörterung von Kriegszielen verboten ist, so können wir nicht näher ausführen, wie sich das deutsche Volk und insbesondere das deutsche Proletariat zu diesem Kriegsziel des Vierverbandes zu stellen hat. Wir können der Oeffentlichkeit nur die Tatsache unterbreiten, daß der englische Ministerpräsident im Namen des Vierverbandes den Hauptpunkt seiner Friedensbedingungen genannt hat, daß die Welt, die Staatsmänner des Vierbundes (Deutschland-Oesterreich-Bulgarien-Türkei) heute wissen, um welchen Preis der Frieden zu haben ist, daß sie sich dazu erklären müssen oder daß sie zumindest durch ihre Handlungen in der nächsten Zeit sich mit dieser Bedingung auseinandersetzen. Die Völker haben eine klare, unzweideutige Antwort ihrer Regierungen auf den englischen Vorschlag zu fordern. Wir erwarten, daß die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft diese Forderung im Reichstage kräftig erheben wird. Die bürgerlichen Parteien und die sozialdemokratischen Durchhaltepolitiker werden ebenso wie die Regierungen zu dem Programm des englischen Staatsmannes Stellung nehmen müssen. Für den, der sehen will, liegt es zutage, daß ein Weg zur Beendigung des Krieges geöffnet ist. Wer ihn nicht gehen will, der wird vor der Welt seine Weigerung zu rechtfertigen und zu verantworten haben. Mit dem Gespenst der Vernichtung Deutschlands oder der Vernichtung der deutschen Wehrmacht aber wird man künftig nur noch geistig Unmündige unter die Betten scheuchen können."

Die Chemnitzer Volksstimme sagt: „Asquith will nur haben ausdrücken wollen, daß England und seine Verbündeten, die durch festen Vertrag gegen jeden Sonderfrieden versichert seien, die Waffen nicht eher aus der Hand legen würden, als bis sie die Gewißheit gewännen, daß Preußen-Deutschlands Militärmacht nicht dazu ausgenutzt werde, die Freiheit Europas zu bedrohen. In diesem Sinne nennt Asquith als erste und wichtigste Friedensbedingung die Wiederherstellung Belgiens, weil der deutsche Angriff auf Belgien nach seiner Auffassung der beste Beweis für Deutschlands Absicht ist, die Welt durch militärische Ueberlegenheit zu terrorisieren. Die Antwort des englischen Ministerpräsidenten wird von einem holländischen Blatt als der mögliche Anfang einer Annäherung angesehen. Auch wir möchten wünschen, daß die deutsche Regierung die Gelegenheit dieser Erklärung benutzt, um weiter die Wege zur Eröffnung von Friedensvorverhandlungen zu ebnen. Lediglich um der belgischen „Garantien" willen lohnt doch die Fortsetzung des ungeheuren Mordens wirklich weder für den Vierverband noch für uns. Was aber insbesondere England, unseren gefährlichsten Feind, unseren neuentdeckten „Erzfeind", betrifft, so sollten selbst unsere leidenschaftlichsten Kriegswütteriche wirklich jetzt nicht unbedingt auf einen Krieg bis zur Entscheidung drängen. (Wir sind überzeugt, daß die deutsche Reichsregierung weiß, wie friedfertig das deutsche Volk gestimmt ist und darauf Rücksicht nehmen wird."

Die Bielefelder Volkswacht meint: „Außerdem hat Asquith so gesprochen, daß einigen Stellen seiner Rede die Friedensfreunde der ganzen Welt zustimmen könnten. „Wir wollen als Ergebnis des Krieges die Anerkennung des Prinzips, daß internationale Probleme durch freie Untersuchung und unter gleichen Bedingungen von den freien Völkern behandelt werden sollen." Das klingt fast wie eine Anlehnung an die Forderung des sozialdemokratischen Parteiprogramms: „Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege." Mit diesem Friedensziele Asquiths sind wir darum durchaus einverstanden."

*

Die englischen Kriegssteuern. London, 12. April. Das Unterhaus hat die verschiedenen im Budget vorgeschlagenen neuen Steuern angenommen; doch hat die Regierung die Fahrkartensteuer aufgegeben und die Zündholzsteuer abgeändert.

Die Kriegslage.

Ereignisse der Woche vom 2. bis 9. April.

Oberst a. D. Richard Gädke schreibt uns:

Die Woche ist wesentlich mit einer Reihe erfolgreicher deutscher Vorstöße in dem Kampfgebiet westlich Verdun ausgefüllt worden. Die vorderste feindliche Stellung, die sich bei Beginn der deutschen Offensive am Nordrande des Waldes von Malancourt und von dort etwa ein Kilometer nördlich des Forges-Baches in Richtung auf das am Ostufer der Maas gelegene Dorf Brabant erstreckte, ist nunmehr völlig in der Hand der Deutschen. Sie hatte die stark befestigten Dörfer Malancourt, Béthinville, Forges umfaßt, die sämtlich in Einzelunternehmungen gegen einen außerordentlich zähen Widerstand der französischen Infanterie erstürmt werden mußten. Nur daß schon in der Nacht vom 6.-7. März genommene Dorf Forges fiel durch Ueberraschung verhältnismäßig leicht in unsere Hände, indem die Deutschen durch die überschwemmten Maaswiesen von der Flanke und vom Rücken der herankamen, die vom Gegner für ungangbar gehalten worden waren. Der französische Kommandant wurde zur Strafe vor ein Kriegsgericht gestellt und bald darauf den Truppen angedroht, daß auf weichende Linien in Zukunft mit Maschinengewehren und Geschützen würde gefeuert werden. Man griff also bereits, um die Verteidigung hartnäckiger zu gestalten, zu den drastischen Mitteln der russischen Kriegführung. Doch nicht mit vollem Erfolge. Denn wo die Moral der Truppe einmal gebrochen oder der Widerstand materiell unmöglich geworden ist, pflegen solche unmenschlichen Mittel auf die Dauer auch zu versagen. Wenn gleichwohl die Verteidigung der Franzosen eine glänzende geblieben ist und uns das Gelände Schritt für Schritt mit verbissener Tapferkeit streitig gemacht hat, so spricht dies für den vorzüglichen Geist der Truppen, den nicht anerkennen zu wollen Unrecht wäre.

Die Deutschen haben demgegenüber ihre weiteren Angriffe nach Art des Festungskrieges geführt, indem auch sie die großen Stürme der ersten erfolgreichen Tage aufgaben, jedes weitere Vorgehen erneut durch die Massenwirkung und die systematische Beschießung schwerer Batterien vorbereiteten, die feindliche Front Punkt für Punkt durch Hammerschläge erschütterten und schließlich durch aufeinanderfolgende Einbrüche langsam annagten. So ist es ihnen schließlich gelungen, vom Walde von Avocourt bis zur Maas eine Frontbreite von 11 Kilometern in ihre Hand zu bringen und ihre eigenen Linien nach und nach um 3 bis 4 Kilometer vorwärts zu treiben.

In den einzelnen verlaufen die Kämpfe in der Berichtswoche folgendermaßen: am 2. April gewannen unsere Truppen überall Tal und Höhe des Forgesbaches, von Ost und West nunmehr das Dorf Béthincourt umklammernd, das sich wie eine Insel, rings umbrandet, noch immer behauptet, obwohl vom Osten her seine rückwärtigen Verbindungen schon seit Wochen schwer bedroht waren. Es kam nun darauf an, auch vom Westen her seine Rückseite mehr und mehr abzuschwächen.

Nachdem am 3. und 4. April der Geschützkampf mit voller Wucht getobt hatte und am letzteren Tage ein Versuch der Franzosen abgewiesen war, sich der Mühle östlich Malancourt im Tale des Forges-Baches wieder zu bemächtigen, erstürmten unsere Truppen am 5. April das Dorf Haucourt, das etwa 250 Meter südlich des Dorfes Malancourt, und zwar auf der Südseite des genannten Baches beginnt. Zwei feindliche Stützpunkte östlich davon fielen gleichfalls in unsere Hand. So hatten sie festen Fuß in dem Gelände südlich des Baches auch an dieser Stelle gefaßt und erweiterten zwei Tage später ihre Angriffslinien, indem sie ihnen den Termitenhügel und zwei starke Stützpunkte hinzufügten. Am 9. April endlich wurde dann auch das Dorf Béthincourt genommen. Das französische Hauptquartier behauptet, daß es auf Befehl freiwillig geräumt sei. Es ist nach Lage der Dinge wahrscheinlich, daß diese Absicht sich schließlich bei der feindlichen Heeresleitung Bahn gebrochen hat. Denn nach den deutschen Erfolgen des 5. und 7. April war das Dorf ein verlorener Posten, seine starke Besatzung dem sicheren Untergange verfallen. Aber die Räumung ist in jedem Fall zu spät ausgeführt worden, das beweisen die schweren blutigen Verluste, die die Franzosen hier erlitten, und die Zahl von 720 unverwundeten Gefangenen, die sie in den Händen der stürmenden Schlesier lassen mußten. Unsere Linie hat sich nunmehr auf der ganzen Front westlich der Maas an die zweite französische Verteidigungsstellung und an einzelnen Punkten auf kürzeste Entfernung herangearbeitet. Diese zieht sich vom Südteil des Waldes Chepny her, hart nördlich des Dorfes Avocourt vorbei über den mächtigen Höhenzug 304 und dicht südlich des Toten Mannes hin auf den Nordrand des Dorfes Cumiérs, wo sie den Anschluß an die Maasniederung gewinnt. Ihre Länge in dieser Ausdehnung beträgt etwa 13 Kilometer Luftlinie.

Weniger lebhaft war in der Berichtswoche die Tätigkeit auf dem östlichen Maasufer, natürlich abgesehen von dem meist fortdauernden Kampfe der beiden Artillerien. Immerhin gelang auch hier eine Verbesserung unserer Linien, indem unsere Truppen südlich von Dorf und Feste Douaumont und in dem Caillette-Wald französische Linien am 3. April erstürmten, in den folgenden Tagen aber wiederholte starke Gegenangriffe feindlicher Truppen abwiesen. Der Verlust der Verteidigungsanlagen im Caillette-Walde, der sich gegen die französische Hauptstellung weit vorschiebt, ist besonders schmerzlich für den Gegner.

Wie während der ganzen Zeit der Unternehmung um Verdun hat auch während der Berichtswoche auf den übrigen Fronten des westlichen Kriegsschauplatzes nicht völlige Ruhe geherrscht. Immerhin verschwindet die Bedeutung dieser Kampfestätigkeit gegenüber den Ereignissen zu beiden Seiten der Maas. In dem Argonner Bergwalde unmittelbar westlich des eigentlichen Kampfgebietes geht der Kleinkrieg, wie schon seit 1½ Jahren, ununterbrochen weiter. Es sind jetzt meist die Franzosen, die kleine Vorstöße gegen die Mitte der deutschen Stellung vom Four de Paris aus, versuchen. Etwas größeren Umfang haben die Kämpfe südlich St. Eloi, bei Ypern, angenommen, wo es den Engländern am 3. April gelang, den am

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160413-16/fragment/page=0001

28. März verlorenen Sprengtrichter uns wieder abzunehmen. Drei Tage später wurden sie erneut hinausgeworfen, und ihr Gegenangriff am 9. April blieb erfolglos.

Auch in den Vogesen wurde am 7. April südlich Sondernach gekämpft, indem deutsche Truppen eine vorgeschobene französische Stellung am Hilsenfirst mit glücklichem Gelingen ausräumten.

Die Luftangriffe auf England haben in dieser Zeit einen bisher ungewohnten großen Umfang angenommen. Vom 31. März bis zur Nacht vom 5. zum 6. April haben unsere Zeppeline fünfmal die Insel heimgesucht und, wie es scheint, beträchtliche Zerstörungen an Fabriken, Werften, Eisenwerken angerichtet. Den Umfang der Verheerungen genau zu erfahren, wird wohl erst nach Beendigung des Krieges möglich sein.

Auf allen übrigen europäischen Kriegsschauplätzen hat sich in den letzten 7 Tagen wenig ereignet. Der einzige in schmaler Front, aber heftig angesetzte russische Angriff südlich des Narotsch-Sees am 6. April konnte nur den Beweis liefern, daß die große Offensive gegen Hindenburgs Heere, durch die das letzte Drittel des März ausgefüllt war, in der Tat völlig zusammenbrochen ist und sobald auch nicht wieder in breiter Front aufgenommen werden kann. Die Berichte stimmen übrigens darin überein, daß die russischen Soldaten tapfer, aber auch sehr ungeschickt angegriffen haben, daß sie in schwierigen Lagen hilflos waren und daß die niedere Führung völlig versagt hat. Dieses Bild werden auch in Zukunft alle Angriffe der Russen in verstärktem Maße bieten. Ein Heer, das zu zwei Dritteln aus Analphabeten besteht, die nicht wissen, wofür sie sich schlagen, militärisch ganz oberflächlich ausgebildet sind und zum großen Teil von schnellgepreßten, unerfahrenen, vielfach revolutionär gesinnten Offizieren, in ungenügender Zahl geführt werden, hat selbst bei größter Uebermacht gegen unser intelligentes Volksheer keine Aussicht auf Erfolg. Auch im Kriege siegt der Geist über die Materie.

Die Verhältnisse auf den asiatischen Kriegsschauplätzen, von denen nur spärliche, einander widersprechende Nachrichten eingehen, lassen sich sehr schwer beurteilen. In Armenien scheint der russische Vormarsch sich mindestens sehr verlangsamt zu haben, und die Russen selbst melden, daß die Türken wieder beginnen, zum Angriff überzugehen. Im Irak hält sich General Towshend noch immer in seinem befestigten Lager von Kut-el-Amara, aber der englische Entsatzversuch, zu dem General Gorringe, der Nachfolger des Generals Aylmer, am 5. April wieder angetreten ist, hat bisher ebenfalls nicht zum Ziele geführt. Die Türken behaupten sogar, daß die Engländer aus den an diesem Tage gewonnenen Vorstellungen nach ihrem vergeblichen Angriff auf die Hauptverteidigungslinie am 6. April wieder hinausgeworfen worden seien.

•

Ueber die Kämpfe bei Verdun schreibt Pierre Renaudel in der Humanité: Das Parlament muß über die Vorgänge bei Verdun wachen. Es gibt Stimmungen, die sehr schwere Folgen haben können. — In der Liberté schreibt Oberstleutnant Roussett: Der Feind ist nicht weitergekommen, aber selbst wenn es ihm gelingt, uns zur Aufgabe von Verdun zu zwingen, so würde er kaum mehr Kraft haben, seinen Erfolg auszunutzen. — Hervé beruhigt seine Leser durch das kühne Rechenexempel, daß die Deutschen nach genauer militärischer Schätzung noch 7 Millionen Menschen brauchen würden, um nach Verdun zu kommen. Deshalb sei Verdun uneinnehmbar. — Das Journal des Debats dagegen gibt zu, daß die Deutschen durch ihren glücklich gelungenen Vorstoß die ganze erste Verteidigungslinie der französischen Stellungen auf dem linken Maasufer fest in ihren Besitz gebracht haben.

Das zerstörte Verdun. Wie schweizerische Blätter melden, steht die Stadt Verdun vor ihrer vollständigen Einäscherung. Drei Viertel der Stadt liegen bereits in Trümmern.

Englische sozialistische Vorschläge.

Dem Berl. Tageblatt wird aus Rotterdam berichtet:

„Der sozialistische Londoner Leader schreibt: „Den Leuten, die sich nach Frieden sehnen, ist es nicht klar, wie er kommen soll. In England sagen viele Friedensfreunde: Wenn wir von Frieden reden, werden wir Deutschland nur ermutigen. In Deutschland sagen sie: Man will uns vernichten, also durchhalten! Um aus diesem Dilemma einen Ausweg zu finden, schlagen wir zwei Mittel vor: Erstens soll das Internationale Sozialistische Bureau die sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder befragen, weshalb sie die Forderungen ihrer Regierung unterstützen, und in welchen Punkten Einigkeit zu erreichen möglich wäre. Zweitens sollen die sozialistischen Parlamentsmitglieder immer wieder darauf dringen, daß die Regierungen die Kriegsziele deutlich angeben. Asquiths Perorationen (Kraftreden) haben den sich nährenden Friedensgeist in Deutschland wieder verjagt. Wenn man sich nicht bestimmt äußert, wird der Friede unmöglich bleiben."

Neue Note an Amerika.

Die deutsche Regierung teilt amtlich mit: Auf die Anfrage der Regierung der Vereinigten Staaten wegen der Angriffe auf den Dampfer Sussex und andere Schiffe ist dem amerikanischen Botschafter in Berlin am 10. d. Mts. nachstehende Antwort erteilt worden. — Es folgt nun die Darstellung der Untersuchungsergebnisse über die Torpedierung von fünf Dampfern. Die vier englischen Dampfer Berwind Vale, Englishman, Manchester Engineer und Eagle Point wurden gewarnt, doch versuchten, zu fliehen; ihre Versenkung erfolgte erst, nachdem die Besatzung in die Boote gegangen war.

Als wichtigstes wird dann der Fall Sussex behandelt. Dieser französische Kanaldampfer ist am 24. März untergegangen. Ein deutsches Unterseeboot hat am gleichen Tage in jener Gegend des Kanals ein Schiff zerstört, das es für ein englisches Kriegsfahrzeug, einen Minenleger hielt. Eine vom Führer des Unterseebootes angefertigte Zeichnung über das Aussehen des Schiffes stimmt mit der Sussex nicht überein. Es heißt dann:

„Hiernach muß die deutsche Regierung annehmen, daß die Beschädigung des Sussex auf eine andere Ursache als auf den Angriff eines deutschen Unterseebootes zurückzuführen ist. Zur Aufklärung des Sachverhalts ist vielleicht die Tatsache dienlich, daß allein am 1. und 2. April im Kanal nicht weniger als 26 englische Minen von deutschen Seestreitkräften abgeschossen worden sind; überhaupt ist die ganze dortige Meeresgegend durch treibende Minen und nicht gesunkene Torpedos gefährdet." Die Deutsche Regierung erklärt sich bereit, den Tatbestand durch eine gemischte Untersuchungskommission gemäß dem dritten Titel des Haager Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vom 18. Oktober 1907 feststellen zu lassen.

•

Die Wirren in China. Die Petersburger Nowoje Wremja berichtet nach japanischen Blättern, es seien alle Verhandlungen zwischen Japan und China infolge der in Peking bevorstehenden Veränderungen abgebrochen worden. Die Gouverneure von Tschili, Tschantung und Mukden haben erklärt, daß sie dem Abgang Juanschikais nicht zustimmen, sondern gegen die Südprovinzen die Waffen ergreifen werden, falls diese an ihren Forderungen festhalten. Die gesamte chinesische und fremde Presse Shanghais verlangt die Abdankung des Präsidenten.

Die Kriegsgewinnsteuer.

Die Beratung in der Budgetkommission des Reichstags wurde am Mittwoch fortgesetzt bei der Gestaltung der Steuersätze. Abg. Stolten (Soz.) spricht zu einer Skala der Vorlage, die als eine wirkliche Besteuerung der Kriegsgewinne nicht bezeichnet werden könne. Von den Gewinnen muß allerdings ein Teil unangetastet bleiben, der nötig ist zur Ueberleitung der Betriebe in den Friedensstand. Dieser Bruchteil hat die Regierung aber zu hoch angenommen. Das Volk erwartet, daß hier scharf zugegriffen wird; deshalb muß über die vorgeschlagenen Sätze erheblich hinausgegangen werden. Redner begründet die von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Skala. Die Masse derer, die Kriegsgewinne gemacht haben, ist in den unteren und mittleren Stufen zu suchen. Dort dürfte man auch jene Elemente finden, die ihre Gewinne auf unlautere Weise gemacht haben. — Staatssekretär Helfferich: Man darf über eine bestimmte Grenze bei der Besteuerung nicht hinausgehen. Die Annäherung an 50 Prozent ist die äußerste Grenze, bis zu der man gehen kann. Wenn England höhere Sätze erhebt, so ist dort der Kreis der Steuerpflichtigen enger gezogen, außerdem findet dort keine Doppelbesteuerung statt. Redner konstruiert nun eine Reihe von Beispielen, um zu beweisen, daß in manchen Fällen eine Belastung bis zu 70 Prozent eintritt. In England ist die höchste Belastung, die aber nur ganz enorme Gewinne trifft, etwa 67 Prozent. In Wirklichkeit gehen wir also noch über diese Grenze hinaus. Bei der Wegnahme eines Teiles der Kriegsgewinne darf man nicht so weit gehen, daß die Leistungsfähigkeit der Industrie in Frage gestellt wird.

Abg. Liesching (Fortschr.) begründet die von den Fortschrittlern vorgeschlagene Skala. Der Vorschlag der Sozialdemokraten ist dem Redner zu weitgehend, weil er eine zu hohe Belastung bringt. — Abg. Keinath (natlib.) warnt davor, den Bogen zu überspannen. Die sozialdemokratischen Sätze stempeln die Kriegsgewinne geradezu zu unlauteren Handlungen. Die Nationalliberalen werden über den Regierungsentwurf nicht hinausgehen.

Abg. Hoch (Soz.): Eine erfreuliche Erscheinung ist es nicht, daß so tief in das Erwerbsleben eingegriffen werden muß, aber das ist lediglich eine Folge des Krieges. Greift man hier nicht zu, dann muß man die Verbraucher belasten — das kann und darf man nicht. Die Geschichte lehrt, daß im Notfalle Staaten auch schon zur Konfiskation der Vermögen geschritten sind. Bei einem Steuergesetz kann man nicht prüfen, ob der Gewinn mit den Grundsätzen der Moral im Einklang steht. Darauf kann jedenfalls keine Rücksicht genommen werden, daß die Inhaber der Kriegsgewinne später Verluste erleiden könnten. — Staatssekretär Helfferich: Der sozialdemokratische Antrag würde bereits bei einem Gewinne von 20 000 Mk. 5000 Mark wegnehmen. In der steigenden Steigerung bewegen sich die weiteren Sätze. Diese Art der Besteuerung würde eine schwere Schädigung der Industrie bedeuten. Das Reich braucht sehr viel Geld, aber die Lasten müssen verteilt werden. Von den Verkehrs- und Verbrauchssteuern kann nicht abgesehen werden. — Abg. Erzberger (Zentr.) kündigt einen Antrag an, durch den der Ertrag der Kriegsgewinnsteuer zur Deckung der Schulden zu verwenden ist. Die Steuer trifft auch Gewinne, die mit dem Krieg absolut nichts zu tun haben, die man aber auch nicht ausscheiden kann; deshalb ist der sozialdemokratische Antrag nicht annehmbar. Wenn die Sätze erheblich erhöht werden, dann muß das Recht geschaffen werden, die feststehenden Abgaben, wie Steuern usw. abzugsfähig zu machen. — Staatssekretär Helfferich: Ein Mann, der in Preußen 100 000 Mk. Einkommen hat, muß jetzt bereits 18 Prozent an Steuern bezahlen. Eine Aktiengesellschaft muß zunächst ihre Einkommensteuer bezahlen, die vom Gewinn abgeht. Der Aktionär muß dann für seine Dividende Einkommen- und Vermögenssteuer zahlen; dazu treten dann die Gemeindesteuern. Bei den höchsten Sätzen des sozialdemokratischen Antrages käme man auf Sätze von 100 Prozent und mehr. Damit erschwert man die Umstellung der Betriebe in die Friedenswirtschaft ungemein. Aus diesem Grunde dürfen die Höchstsätze der Vorlage nicht überschritten werden. — Abg. Mumm (Dt. Frakt.) bezeichnet den sozialdemokratischen Antrag als den regierungsfreundlichsten, denn er bringt das meiste Geld. — Abg. Stolten (Soz.): Die Sätze der Regierung entsprechen in keiner Weise den berechtigten Wünschen des Volkes. Man hat nicht angenommen, daß man bis auf 5 Prozent herabgehen und den Höchstsatz von 45 Prozent auf Fälle beschränken wird, die gar nicht oder doch nur vereinzelt eintreten. Die geforderten hohen Sätze sind gerechtfertigt durch den hohen Bedarf des Reiches. Wenn man von anderen Gut und Blut fordert, dann müssen auch jene opfern, die im Krieg und durch den Krieg Profite gemacht haben. Die Ueberleitung der Betriebe in den Friedensstand haben die großen Gesellschaften schon genügend durch Rücklagen und Abschreibungen gesichert. — Abg. Stresemann (natl.): Weite Kreise der Industrie haben durch den Krieg schwer gelitten; sie brauchen nach dem Krieg erhebliche Mittel. Deshalb soll man den Teil der Industrie das lassen, was ihm nach der Vorlage bleiben soll.

Abg. Keil (Soz.): Was der Schatzsekretär über die Erhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gesagt hat, das bezieht sich in der Hauptsache auf Gesellschaften. In deren Höchstbelastung geht auch die Sozialdemokratie nicht über die Regierungsvorlage hinaus. Der Rüstungsindustrie z. B. bleiben trotz der Besteuerung noch enorme Summen, die mehr als ausreichen, um die Ueberleitung in die Friedenswirtschaft zu gewährleisten.

Bei der Abstimmung wird die Skala der Sozialdemokraten abgelehnt, dagegen die der Fortschrittler angenommen. Es wurde also die Abgabe wie folgt festgesetzt:

für die ersten 10 000 M. des Vermögenszuwachses		5	vom Hundert,
„ „ nächsten angefangenen od. vollen	20 000 M.	6	„ „
„ „ „ „ „ „	30 000 „	8	„ „
„ „ „ „ „ „	40 000 „	10	„ „
„ „ „ „ „ „	100 000 „	15	„ „
„ „ „ „ „ „	300 000 „	20	„ „
„ „ weiteren Beträge		25	„ „

§ 14 bestimmt: Als Jahreseinkommen vor dem Kriege wird ein Betrag von 10 000 Mark angenommen, wenn das verlangte steuerpflichtige Einkommen niedriger war. — Die Sozialdemokraten beantragen, zu setzen: 5000 Mk.; das Zentrum beantragt: 3000 Mark. Bei der Abstimmung wird der Antrag des Zentrums angenommen. Wer also bei Beginn des Krieges ein Einkommen von 3000 Mk. hatte und dieses Einkommen in den drei Kriegsjahren zusammen um mehr als 1000 Mk. erhöht hat, muß Kriegsgewinnsteuer bezahlen. Die Sozialdemokraten stimmten dafür mit dem Vorbehalt einer näheren Prüfung bis zur weiteren Lesung und unter dem weiteren Vorbehalt, daß die oberen Steuersätze wesentlich erhöht werden.

Die weitere Beratung brachte nur noch die Aenderung, daß bei Feststellung des Einkommens der Offiziere nicht die Einkommensätze im Frieden, wie die Vorlage es unbegreiflicherweise wollte, als Grundlage dienen, sondern das tatsächliche Einkommen, das im Kriege ja gewaltig höher ist. — Weiterberatung Donnerstag.

Maifeier des italienischen Proletariats.

In Meldungen aus Lugano wird versichert, daß die italienische Regierung die für den 1. Mai in ganz Italien einberufenen Volksversammlungen der sozialistischen Partei „zugelassen" hat. Die sozialistischen Blätter fordern die Bevölkerung auf, durch einen Massenbesuch der Versammlungen für den Frieden zu werben. Im Bezirk Rom sind über 30 Maiversammlungen in Aussicht genommen.

Aus der Partei.

Antwort an Genossen Kautsky.

Von Philipp Scheidemann.

Genosse Kautsky erinnert in einer Anfrage (siehe gestrige Ausgabe des Volksblattes) daran, daß er mich vor einiger Zeit gefragt habe, wer mein Gewährsmann für die von der Humanité bestrittenen Aeußerungen Sembats sei. Darauf erwidere ich:

1. Die Humanité hat die betreffenden Aeußerungen, soweit ich habe feststellen können, überhaupt nicht bestritten. Sembat selbst hat sie ebensowenig in Abrede gestellt. „Bestritten", d. h. von oben herunter behandelt hat sie in der Humanité meines Wissens nur Homo-Grumbach in seinen Korrespondenzen aus der Schweiz. Diese Bestreitung durch Homo kann ich als ein Dementi der Humanité nicht gelten lassen.

2. Kautsky verlangt, daß ich meinen Gewährsmann nenne. Er weiß, oder könnte wissen, wer mein Gewährsmann ist, denn einer seiner intimen Freunde war zugegen, als die betreffende Mitteilung gemacht worden ist. Kautsky ist also in der Lage, sich bestätigen zu lassen, daß ich den Gewährsmann nicht nennen kann. Unmögliches soll er aber nicht verlangen.

Kautsky bestreitet dann weiter die Echtheit des von mir im Reichstage am 4. April zitierten Briefes, den Jaurès an Vandervelde geschrieben haben soll. Ich bin gezwungen, hier aus dem Stenogramm der Reichstagssitzung vom 6. April zunächst festzustellen, in welchem Zusammenhang ich den Brief zitiert habe:

Scheidemann: „. . . In Frankreich, mit dem ganz Deutschland in Frieden und Freundschaft zu leben wünschte und noch wünscht, wird immer noch von denen, die das Land in die Arme des Zaren getrieben haben, der Wahn verbreitet, daß wir „boches" aus dem Lande, das der Welt einen Goethe, einen Kant und einen Karl Marx geschenkt hat, aus reinem Vandalismus über die Grenze gezogen seien, um die französische Kultur mit Feuer und Schwert zu vernichten. Das Handwerk würde diesen Leuten bald gelegt sein, wenn in Frankreich bekannt wäre, was Jaurès zwei Tage vor seiner Ermordung, der Braunschweigischen Landeszeitung zufolge, an Vandervelde nach Belgien geschrieben hat. Ich will es Ihnen vorlesen:

Die Lage muß und wird eine Entspannung erfahren, sobald die französische Regierung erklärt, daß sie nicht gern die serbische Sache als eine russische sähe. In der Macht der französischen Regierung läge es, Rußland am Kriege zu verhindern. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber man sucht den Krieg, den man schon lange schürte. Unsere Sache darf nicht die russische sein. Wir dürfen unser Land nicht bluten lassen, um die Knutenherrschaft des weißen Zaren zu festigen. Europa würde von Asien verschlungen. Suchen Sie in Ihrem Wirkungskreise jede Steigerung des Kriegswahnsinns zu dämmen. Welche Interessen für Belgien auf dem Spiele stehen, wissen Sie. Aber diese Interessen können nur durch den Frieden gewahrt werden, aus dem sich kein Land, auch nicht durch die glänzendsten Versprechungen, herausreißen lassen soll. Hier treiben alle schädlichen Kräfte zum Kriege, den man führen will zur Erfüllung eines krankhaften Ehrgeizes, und weil die Börsen London und Paris auf Petersburg spekuliert haben. (Lebhafte Rufe: Hört! hört! — Bewegung.)

Meine Herren, ich habe keine Ursache, daran zu zweifeln, daß das Schriftstück echt ist. — Es ist ganz der Geist Jaurès, der daraus spricht. — (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) — das ist der Jaurès, wie wir ihn geachtet und geliebt haben."

Kautsky bezeichnet den Brief der Braunschweigischen Landeszeitung als „freche Fälschung", weil er im Widerspruch stehe mit einer Rede, die Jaurès am 30. Juli 1914 in Brüssel in Gegenwart Vanderveldes gehalten habe. Daß das Datum des Briefes irrig ist, mag sein. Aber darauf kann der Vorwurf einer frechen Fälschung nicht begründet werden, denn Irrtümer in Datenangaben unterlaufen jedem einmal, der Briefe schreibt. Daß der Brief das Gegenteil dessen sagt, was Jaurès in Brüssel ausgeführt hat, kann ich auch nicht zugeben. Jaurès hat öffentlich u. a. gesagt: Er wisse, daß die französische Regierung „in dieser Stunde" den Frieden will und für den Frieden arbeite. In dem angeführten vertraulichen Brief an einen Freund heißt es: „Hier treiben alle schädlichen Kräfte zum Krieg" usw. „Schädliche Kräfte" können sehr wohl Schlimmes beabsichtigen, ohne daß eine „Regierung" das Gleiche tut. Dafür können wir doch gerade aus jüngster Zeit die denkbar drastischsten Beispiele aus unserem eigenen Lande anführen. Will Kautsky vielleicht behaupten, daß „schädliche Kräfte" in Frankreich nicht tätig sein könnten? Aber weiter: steht der Brief denn im Widerspruch zu den Tatsachen, die wir aus Frankreich kennen? Durchaus nicht. Ich will einige Beispiele anführen.

Jaurès schrieb am 16. Oktober 1905 in der Humanité:

„Solange die Revanche in der französischen Politik als Möglichkeit gilt, werden französische Staatsmänner versucht sein, günstige Gelegenheiten zur Verwirklichung dieser Absicht auszunutzen und solange wird auch bei anderen Völkern, die gegen Deutschland irgendeine feindliche Absicht haben, die Versuchung vorherrschen, diese dunkle überlebte Idee der Revanche auszubeuten, um eine antideutsche Koalition zu schmieden."

Im Vorwärts vom 9. Januar 1916 wurde über den Kongreß der Seine-Föderation, der am 19. Dezember 1915 stattgefunden hatte, berichtet. In diesem Berichte heißt es u. a.:

„Ein sehr bemerkenswerter Zwischenfall ergab sich, als Fiandette die alte Streitfrage zwischen Renaudel und Rappoport wieder aufs Tapet brachte und die von Rappoport Jaurès zugeschriebenen Aeußerungen bestritt. Manèras bestätigte die Darstellung Rappoports und fügte hinzu, daß Jaurès am 31. Juli 1914, als Isvolski durch ein Zimmer im Ministerium des Aeußeren hindurchlief, wo er mit anderen sozialistischen Abgeordneten wartete, mit lauter Stimme gesagt habe: „Da geht der Schurke Isvolski, er hat den Krieg gewollt und hat ihn bekommen."

Ueber denselben Kongreß veröffentlicht der Labour Leader am 30. Dezember 1915 einen Bericht, in dem es u. a. heißt:

„Longuet: Ist nicht die Tatsache, daß Jaurès am 31. Juli die Regierung auffordern mußte, einen mäßigenden Einfluß auf Rußland auszuüben, ein Beweis, daß die französischen Minister ihre Pflicht nicht taten?" Und schon in der Vorversammlung vom 5. Dezember hatte ein Delegierter geäußert, nach dem Friedensschluß müßte gegen Poincaré, Delcassé und Milleraud wegen ihrer Verantwortung an der Herbeiführung des Krieges die Anklage auf Hochverrat erhoben werden."

Am 31. Juli 1914 machte Jaurès, so wurde in der Humanité versichert, „seine letzte höchste Anstrengung bei Herrn Viviani, tief bewegt die Regierung anflehend, im engen Verein mit England zu handeln und darüber zu wachen, daß Rußland keine Unvorsichtigkeiten begehe." (Zwei Stunden später war Jaurès tot.)

In einer schweizerischen Korrespondenz der Frankfurter Ztg., die auf die in der Humanité abgedruckten Berichte über den Weihnachtskongreß der sozialistischen Partei Frankreichs Bezug nimmt, wurde gesagt:

„In jenem Augenblick, am Abend des 31. Juli, hatten die Russen die gefürchtete „Unvorsichtigkeit" schon begangen. Nach dem französischen Gelbbuche hat Viviani als Minister des Auswärtigen noch die englische Vermittlung empfohlen. (Rundschreiben an die Botschafter.) Von einer tatsächlichen Einwirkung auf die Russen, um die Mobilmachung hinanzuhalten findet sich in den veröffentlichten amtlichen Schriftstücken keine Spur. Jaurès gegenüber hat Viviani die Versicherung gegeben, er hätte in diesem Sinne gewirkt. Im Laufe des Gesprächs fiel von seiten Vivianis,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191604 13-16/fragment/page=0002

allerdings mit begleitendem Achselzucken, auch das Wort: „Ich habe getan, was ich konnte, was Poincaré getan hat, weiß ich nicht!"

Nicht ohne Interesse sind auch die folgenden Mitteilungen der Frankfurter Zeitung vom 22. August 1915:

„Am Abend des Nationalfestes vom 14. Juli hatte Poincaré mit dem Ministerpräsidenten und Minister des Aeußern Viviani die Reise nach Rußland angetreten, von der er vierzehn Tage später mit der Kriegserklärung zurückkehrte. Aber schon vor seiner Abreise wußte man, daß die Regierung an Krieg dachte, denn Anfang Juli waren die zur Grenzdeckung bestimmten Truppen, die erst im Herbst 1913 zur Reserve entlassen worden waren, schon wieder nach ihren Garnisonen im Osten einberufen worden; den Abgeordneten, die sich deshalb beunruhigten, antwortete der Kriegsminister, es handle sich nur um Vorbereitungen zu den großen Manövern."

Der Erwähnung wert sind auch die Auseinandersetzungen zwischen den bekannten französischen Genossen Rappoport und Renaudel, die Kautsky natürlich bekannt sind. Ich kann hier nur wiederholen, was Rappoport wiederholt als „nackte Tatsachen" festgestellt hat:

1. „Jaurès betrachtete am 31. Juli 1914 den Botschafter Iswolski als Mitarbeiter des bevorstehenden Krieges.
2. Jaurès erklärte an demselben Tage dem Unterstaatssekretär Herrn Abel Ferry gegenüber — der, beiläufig bemerkt, ein anständiger und friedlicher Demokrat ist —, daß er den Feldzug gegen den Krieg fortsetzen werde, worauf Abel Ferry dem Inhalte nach Jaurès warnend bemerkte: „Man wird Sie am ersten Straßenwinkel niederschießen."
3. Jaurès beabsichtigte schon am folgenden Tage (d. h. am 1. August), diesen Feldzug zu beginnen und eine Art „J'accuse" („Ich klage an") in der Humanité zu veröffentlichen.
4. Diese letztere Tatsache wurde in den reaktionären Kreisen bekannt. Der Tod von Jaurès erfolgte bekanntlich am Abend des 31. Juli 1914."

Im Labour Leader vom 27. Januar 1916 wurde über den französischen Sozialistenkongreß berichtet, der von 25. bis 29. Dezember 1915 in Paris stattgefunden hatte. Es wird u. a. folgende Szene geschildert:

„Pressemane, der Abgeordnete von Limoges, wandte sich gegen die Anhänger des „jusqu'au bout" (Krieg bis ans Ende"). Er bestritt die Möglichkeit der Besiegung Deutschlands. Der Redner führte weiter aus: „Was die Verantwortlichkeit für diesen Krieg betrifft, so gibt es vorläufig kein genügendes und einwandfreies Material, das ein unparteiisches Urteil gestatten würde. Ich glaube auch nicht, daß das Gelbbuch immer authentische Mitteilungen enthalte. Es wäre wünschenswert, wenn die französischen Genossen die belgischen Dokumente läsen, die die deutsche Regierung aus den gefundenen belgischen Archiven veröffentlicht hat. Ich habe hier ein Exemplar und bitte, mir zu gestatten, einiges daraus zu verlesen." (Stürmische Unruhe. Moutet, Abgeordneter von Lyon, sowie Renaudel widersetzen sich heftig der Verlesung.) Pressemane fuhr sodann fort: „Die Unruhe, die meine Worte bei den Regierungsanhängern verursachte, beweist, daß diese die Wichtigkeit der belgischen Dokumente erkennen. . . ."

Aus den „belgischen Dokumenten" geht bekanntlich nicht nur hervor, wie sehr Belgien sich in Abhängigkeit von England und Frankreich befunden hat, sie weisen auch unanfechtbar nach, wie die Tripleentente seit Jahren ganz zielklar auf die Einkreisung Deutschlands hingearbeitet hat. —

Nach alledem verstehe ich nicht, wie Kautsky mit so großer Bestimmtheit von einer Fälschung in der Braunschweigschen Landeszeitung sprechen und mir den Vorwurf machen kann, französischen Zitaten gegenüber eine zu große Leichtgläubigkeit zu entwickeln. Es ist mir gänzlich unerfindlich, warum Jaurès den Brief nicht geschrieben haben soll. Etwa deshalb nicht, weil er von der französischen Regierung sagt, es läge in ihrer Macht, Rußland am Kriege zu verhindern? Warum sollte er das nicht geschrieben haben? Weil es im Widerspruch stände mit seinen Ausführungen in Brüssel? Das bestreite ich. Er kann sehr wohl überzeugt gewesen sein, daß die französische Regierung für den Frieden arbeite in Gemeinschaft mit der „bewunderungswürdigen englischen Regierung", daß sie „Rußland Ratschläge im Sinne der Klugheit und Geduld" gegeben, aber **trotzdem nicht das Entscheidende getan habe,** nämlich zu erklären, daß Frankreich nicht mitmache! Hätte sie das getan, dann würde Rußland nicht mobil gemacht haben und der Krieg wäre wahrscheinlich verhütet worden.

Es wird niemand von mir verlangen, daß ich unsere Regierung für „bewunderungswürdig" halte. Aber daß ich ausgerechnet auf die von Kautsky zitierten Worte schwören soll:

„Die französische Regierung ist der beste Friedensalliierte der bewunderungswürdigen englischen Regierung", —

ach nein, dazu fühle ich mich nicht stark genug. Trotzdem glaube ich Jaurès, diesen großen und ehrlichen Friedensfreund, zu verstehen, der den Satz geprägt hat:

„Die Nation ist das Schatzhaus des menschlichen Genies und Fortschritts, und es stünde dem Proletariat schlecht an, diese kostbaren Gefäße menschlicher Kultur zu zertrümmern."

Kautsky und seine engeren Freunde verstehe ich leider jetzt nicht.

•

Vorwärts und Parteivorstand.

Auf die letzte Erklärung des Parteivorstandes antwortet die Redaktion des Vorwärts in kürzeren Ausführungen. Wir geben nur vom Wesentlichsten Kenntnis. Es heißt da:

„Daß wir die ganz klaren Bestimmungen der §§ 24 und 25 des Organisationsstatuts mit Recht für uns geltend gemacht haben, beweist schon die Tatsache, daß die Preßkommission sich völlig auf den Standpunkt der Redaktion gestellt hat. Der Parteivorstand erkennt denn auch selbst die völlige Unhaltbarkeit seiner Argumentation dadurch an, daß er sich nunmehr auch auf den § 19 des Organisationsstatuts beruft. Dieser § 19 aber lautet, soweit er sich auf die Presse bezieht, ebenso bündig wie unzweideutig:

„Der Parteivorstand besorgt die Geschäfte der Partei und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane."

Gegenüber dem Vorwärts als Zentralorgan ergibt sich also aus diesem § 19 nicht das mindeste Sonderrecht. Ganz abgesehen davon, daß gerade die Haltung des Vorwärts den Prinzipien der Sozialdemokratie, wie sie durch das Programm, durch Parteitags- und internationale Kongreßbeschlüsse festgelegt worden sind, vollständig entspricht. Ueber strittige Auslegung hat einzig der Parteitag zu entscheiden, und auch der erst nach vorhergegangener Presse- und gründlichster Aussprache in Presse und Parteiversammlungen. So wenig der Parteivorstand ein Recht hat, auf Grund des § 19 etwa der Leipziger Volkszeitung Vorschriften über die Redaktionsführung zu machen, so wenig steht ihm unter Berufung darauf ein Recht gegenüber dem Vorwärts zu.

Käme es aber dem Parteivorstand wirklich darauf an, der Meinungsfreiheit, der Parität in der Meinungsvertretung in der Presse freie Bahn zu schaffen, so böte sich ihm gerade gegenüber den Parteiblättern, die die Auffassung der Mehrheit vertreten, der weiteste Spielraum seines Betätigungsdranges.

Die Methode des Parteivorstandes, die Einigkeit der Partei zu wahren, bleibt danach die denkbar unglücklichste und verhängnisvollste. Gerade eine Gewaltpolitik, die mit Zwangsmitteln, wie sie in Stuttgart und auch in Duisburg angewendet wurden, die Meinungsfreiheit zu erdrosseln und die Rechte der Parteiorganisationen auszuschalten sucht, muß zur Vertiefung und Verbitterung der Parteidifferenzen, zur Zerrüttung der Partei führen. Aber wir hegen die Zuversicht, daß die Berliner Genossen diesem Treiben einen Riegel vorzuschieben wissen werden."

•

Die Red. d. V. wird weitere Ausführungen den zuständigen Körperschaften machen. Bis dahin bleibt also der Zustand bestehen: „Seit Sonnabend abend, 1. April, ist im Bureau des Geschäftsführers Fischer ein Mitglied des Parteivorstandes anwesend, und die Setzerei hat die Aufgabe, jede Zeile (Korrekturabzug) dem Parteivorstandsmitgliede vorzulegen. Die Setzerei ist ferner angewiesen, den Befehlen dieses Parteivorstandsmitgliedes nachzukommen, wenn es die Aufnahme irgendeiner Notiz verbietet."

Der erste sozialdemokratische Bezirksrat in Baden

ist jetzt in der Person des Vizepräsidenten der Zweiten Kammer und Stadtrats Gen. Anton Geiß in Mannheim ernannt worden. Im September 1914 wurde Geiß zum Ersatzmann im Mannheimer Bezirksrat für ein beim Heere befindliches Mitglied bestimmt. Nunmehr ist er endgültig bis 1. April 1918 an Stelle des verstorbenen ersten Rechtsanwalts Darmstädter als Bezirsrat gewählt. Dieser Vorgang ist um deswillen symptomatisch, weil noch im Februar 1914 Minister v. Bodman in der zweiten Kammer erklärte, er könne Sozialdemokraten als Bezirksräte nicht bestätigen, weil die Sozialdemokratie des Gemeinsinns entbehre.

Sozialdemokratisches Magistratsmitglied. Die Wahl des Sozialdemokraten Delor zum unbesoldeten Stadtrat in Forst (Lausitz) hat die Bestätigung der Regierung gefunden; Delor ist bereits in sein Amt eingeführt worden.

Stellungnahme der Organisationen.

In den letzten Tagen haben wiederum eine Anzahl Parteiorganisationen Stellung zur Fraktionsspaltung genommen und Kundgebungen beschlossen. Da sich die Entschließungen in ihrem Wortlaut durchweg mit den schon oft und ausführlich wiedergegebenen decken, so müssen wir auf die Wiederholung verzichten. Wir verzeichnen nur, wie sich die Organisationen entschieden haben, ob für die Politik der Fraktionsmehrheit oder die der Minderheit.

Im sechsten Berliner Wahlkreise (Abg. Ledebour) erklärte sich eine Kreiskonferenz (230 Funktionäre) für die Minderheit, protestierte im weiteren gegen das Vorgehen des Parteivorstandes gegen den Vorwärts.

Eine Funktionärsitzung für Hannover (Abg. Brey) erklärte sich mit 133 gegen 8 Stimmen für die Mehrheit und beschloß: „Diejenigen, die die Bestrebungen der Sonderfraktion innerhalb der Organisation der Partei durch Mitgliedschaft oder Zahlung von Beiträgen unterstützen, haben kein Recht, Ehrenämter in der Organisation zu übernehmen." Eine von den Vertretern der Minderheit eingebrachte Resolution wurde gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Eine Konferenz für Jüterbog-Luckenwalde (Abg. Wels) sprach sich für die Mehrheitspolitik aus.

Die Wahlkreisorganisation Waldenburg (Abg. Sachse) erklärte sich für die Mehrheit.

Eine Generalversammlung in Lübeck (Abg. Schwartz) stellte sich entgegen dem Standpunkt ihres Abgeordneten auf die Seite der Mehrheitspolitik und mißbilligte (gegen neun Stimmen) das Vorgehen der Mehrheit.

Im 14. sächs. Wahlkreise Borna (Abg. Ryssel) votierte eine Funktionärkonferenz für die Minderheit und beschloß: „Sie betrachten die neue Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft als die berufene parlamentarische Vertretung der Linken der Partei und fordern die Mitglieder der Fraktion, die für die Ablehnung der Kriegskredite sind, ohne bisher im Plenum gegen sie gestimmt zu haben, auf, sich der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft anzuschließen."

Zur Redakteurentlassung in Duisburg.

Der Bremer Bürgerzeitung wird aus Duisburg berichtet:

„In einer von 40 Vertrauenskeuten aller Bezirke der Stadt Duisburg besuchten Sitzung wurde einmütig (keiner enthielt sich der Abstimmung) folgende Resolution gefaßt:

„In der Kündigung der Genossen Minster und Schoch durch den Parteivorstand ohne die Zustimmung der Genossen des Kreises erblicken die Funktionäre der Stadt Duisburg eine politische Maßregelung. Sie verurteilen diese Maßregelung sowie die Verhinderung dieser Genossen an der Ausübung ihrer Redaktionstätigkeit. Solange dieser Gewaltstreich nicht rückgängig gemacht ist, kann die Niederrhein. Arb.-Zeitung als das Organ der Duisburger Parteigenossen nicht angesehen werden. Die neue Redaktion lehnen wir ab.

Um der Gewaltpolitik des Parteivorstandes in dieser und in anderen Fragen und dem Mißbrauch der Gelder, die auch von den zur Minderheit gehörenden Genossen gesammelt werden, zu begegnen, sind die Beiträge zu sperren, falls innerhalb 14 Tagen geregelte Verhältnisse nicht wieder eingekehrt und die gemaßregelten Redakteure nicht wieder eingesetzt sind."

Dieser Resolution stimmte eine stark besuchte Mitgliederversammlung des Bezirks Hochfeld ebenfalls einstimmig zu, und der engere Kreisvorstand billigte den Beschluß mit vier gegen zwei Stimmen. Dem ersten Absatz der Resolution pflichtete der erweiterte Kreisvorstand ebenfalls bei, und zwar mit 15 gegen 10 Stimmen. Das Abstimmungsresultat, über den zweiten Absatz (Sperrung der Beiträge) war Stimmengleichheit bei einer Stimmenthaltung. Außerdem gelangte im erweiterten Kreisvorstand folgender Antrag zur Annahme (mit 15 gegen 10 Stimmen):

Die Sitzung fordert den Genossen Pokorny (der die Stelle her hinausgeworfenen eingenommen hat) auf, seinen Posten als Redakteur niederzulegen, und verlangt vom Parteivorstand, die alte Redaktion innerhalb 14 Tagen wieder einzusetzen."

Quittungsstempel oder Umsatzsteuer?

Der Reichstags-Steuerkommission lag am Mittwoch der in der Presse schon angekündigte Gesetzesvorschlag, der an die Stelle des allgemeinen Quittungsstempels einen Warenumsatzstempel setzen will, in Form eines Antrags Müller-Fulda (Zentr.) vor. Schatzsekretär Helfferich erklärte vor Eintritt in die Beratung, er könne zunächst zu diesem Antrag keine Stellung nehmen, sondern müsse die Stellungnahme der Parteien abwarten. Dann erst würden sich die verbündeten Regierungen schlüssig zu machen haben. Auf Vorschlag des Referenten Dr. Junck wurde zunächst trotz der vom Genossen Molkenbuhr erhobenen geschäftsordnungsmäßigen Bedenken nicht in die Beratung des Regierungsentwurfs, sondern des neuen Antrags eingetreten. Neuhaus (Zentr.) begründet diesen Antrag. Während der Regierungsentwurf jeden Geldumsatz mit 10 Pf. bei Beträgen von 10 bis 100 Mark, mit 20 Pf. bei mehr als 100 Mark besteuern will, soll durch den Antrag der Warenumsatz mit 1 vom Tausend getroffen werden. Er werde viele Belästigungen vermeiden und weit größere Erträge liefern als der allgemeine Quittungsstempel, wahrscheinlich das Zwei- bis Dreifache.

Unterstaatssekretär Fahn betont, daß es sich bei dem Antrag in der Form um einen Quittungsstempel, in der Sache um eine Umsatzsteuer handele. Die Durchführung werde sehr schwer sein. Das notwendige Personal zur Durchführung der Umsatzsteuer sei während des Krieges nicht zu bekommen.

Cohen (Soz.): Unsere Bedenken gegen die bisher vorgeschlagenen Verkehrssteuern treffen in verstärktem Maße auf den neuen Antrag zu. Jede steuerliche Idee fehlt bei diesem Antrag. In keiner Weise wird nach der Leistungsfähigkeit gefragt. Es handelt sich um eine Gewerbesteuer in rohester Form, die sich am wenigsten verträgt mit den Mittelstandsbestrebungen. Die Steuer wird beim häufigen Umsatz ein und derselben Ware von 1 vom Tausend auf 1 vom Hundert anwachsen. Der Große wird sie leicht abwälzen können, der Kleine nicht. Sie wird ganz künstlich in den Rahmen der Regierungsvorlage hineingepreßt. Man sollte sie zunächst dem Reichstag vorlegen, der ja wahrscheinlich der Kommissionsberatung nicht wert erachten würde. — Konservative und Nationalliberale erklären ihre Zustimmung, die Fortschrittler ihre Ablneigung. — Keil (Soz.): Es handelt sich bei der Umsatzsteuer um einen Einbruch des Reiches in das Gebiet der Gewerbesteuerung. Sie beruht auf dem Grundsatz von Leistung und Gegenleistung, dem bei der Gemeindesteuergesetzgebung viel besser Rechnung getragen werden kann als in einem größeren Verwaltungsgebiet. Darum haben die Einzelstaaten das Gebiet der Gewerbesteuern immer mehr den Gemeinden überlassen. Aber das Reich sollte nicht in dies Steuergebiet der Gemeinden eindringen. Staatssekretär Helfferich: Wie die verbündeten Regierungen sich schließlich stellen werden, könne er nicht wissen; aber um einen Eingriff in ein Gebiet, das den Einzelstaaten verbleiben muß, handele es sich nicht. Die Einzelstaaten und Gemeinden erfassen das Einkommen an der Quelle, das Reich erfaßt die Verwendungsarten des Einkommens. Eine proportional gestaltete Umsatzsteuer sollte auch die Gegner der Verbrauchssteuern versöhnen, denn die teure Ware werde von ihr höher belastet als die billige. — Murr (Soz. Arbeitsgem.) bestreitet nachdrücklich, daß die Umsatzsteuer die Verbraucher nicht treffen werde. Die Hunderte von Millionen, die die Steuer bringen solle, belasten doch den Warenverkehr und müssen in letzter Linie von den Verbrauchern getragen werden.

Die Generaldebatte wird geschlossen. Die Kommission beschließt, Donnerstag noch eine Sitzung abzuhalten zur Einzelberatung des Antrages Müller, aber in die Beratung der Tabaksteuervorlagen, die der Schatzsekretär vor Ostern noch erledigt wissen möchte, vor der Osterpause nicht mehr einzutreten.

Politische Uebersicht.

Geschlechtskunde in den Schulen.

Im preußischen Herrenhause hat Freiherr v. Biissing, der jetzige Generalgouverneur von Belgien, als Mitglied des Hauses den Antrag gestellt, die Staatsregierung zu ersuchen: 1. einen bestimmten Betrag in den Etat einzustellen a) zur Einführung der Geschlechtskunde als pflichtmäßiges Lehrfach an den Seminaren und Hochschulen für die Geistlichen und die Lehrpersonen an Hoch-, Mittel- und Volksschulen, b) zur Aufnahme der Haut- und Geschlechtskrankheiten als pflichtmäßiges Prüfungsfach bei der ärztlichen Staatsprüfung, c) zur Abhaltung planmäßiger Belehrungen der Schüler und Schülerinnen der Volks-, Mittel-, Hoch-, Fach-, Gewerbe-, Handlungs- und Fortbildungsschulen vor der Entlassung über Wesen und Bedeutung der Geschlechtskrankheiten durch fachwissenschaftlich besonders vorgebildete Schul- oder Amtsärzte, d) zu einem größeren Preisausschreiben für die beste Veröffentlichung über die Frage: „Welchen Einfluß haben die Geschlechtskrankheiten auf die Bevölkerungsbewegung?", e) zur Unterstützung der Bestrebungen der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten; 2. dahin zu wirken, daß jede Person, die, obwohl sie weiß oder wissen mußte, daß sie geschlechtskrank ist, trotzdem geschlechtlich verkehrt, bestraft werden kann.

Die englische Einkommensteuer.

Kein Staat hat mit so rücksichtsloser Energie die Besitzenden zu Beiträgen für die Kriegskosten verpflichtet als England. Darum interessiert auch seine Besteuerung der Kriegsgewinne, und das um so mehr, als der Steuersatz für das Statsjahr April 1916/März 1917 von 50 auf 60 Prozent erhöht werden soll. England verzichtet bei der Besteuerung des Mehrgewinns auf eine Staffelung. Es hat einen einzigen unabänderlichen Satz von 50 bezw. 60 Prozent auf alle Mehrgewinne.

Das sozialdemokratische Steuerprogramm verlangt zwar Staffelung nach Leistungsfähigkeit. Die reguläre englische Einkommensteuer erfüllt auch diese Forderung. Nicht gestaffelt ist aber die Besteuerung des Mehrgewinns. Ob das zweckmäßig ist oder nicht, bleibt strittig. Es ließe sich wohl eine Staffel denken, die sehr hoch beginnt und auch den höchsten Satz erreicht.

In England beschneidet eine bürgerliche Regierung brutal den Unternehmergewinn, in Deutschland plädieren Sozialdemokraten von der Art Cunows für Akkumulationsfreiheit und härmen sich um — das Kapital!

Die englische Kriegsgewinnsteuer trifft den Mehrgewinn, nicht wie die deutsche den Vermögenszuwachs. Dagegen ist der Kreis der Steuerpflichtigen enger. Dem Gesetz unterliegen nur Handels- und Gewerbeunternehmungen einschließlich der Vermittler, aber ausschließlich der Landwirtschaft, der dienstlichen Tätigkeit und der Berufe, bei denen der Gewinn vorzüglich von der persönlichen Tätigkeit der ihn ausübenden Personen abhängt und der keinen oder nur einen geringen Kapitalaufwand verlangt.

Wer noch in einem späteren Rechnungsabschnitt nach dem 4. August 1914 weniger als in einem früheren verdient oder Verluste erleidet, kann sich so viel von seiner Steuer absetzen oder zurückzahlen lassen, daß der Gesamtbetrag seinem Gewinn und Verlust entspricht. Ebenso kann ein Gewinn steuerfrei zur Deckung von Verlusten während der letzten drei Friedensjahre verwendet werden. Das englische Gesetz erfaßt also die nachhaltige Leistungsfähigkeit und schont die schwachen Betriebe, obwohl es das Mehreinkommen, nicht den Vermögenszuwachs, zum Steuerobjekt nimmt. Sein großer Vorteil zu dem deutschen Gesetzentwurf besteht in der Verkürzung der Bemessungsgrundlage, wodurch Steuerdefraudationen erschwert und die übrigen schweren Mißstände der Besteuerung des Vermögenszuwachses vermieden werden.

Maßnahmen gegen die Landflucht.

Die Landräte in den ländlichen Gebieten der östlichen Provinzen erlassen eine Warnung vor der Abwanderung in die Großstädte. In dieser Warnung wird ausgeführt:

„Der Lebensunterhalt in den Städten, besonders in Großstädten, ist bekanntlich bedeutend teurer als auf dem Lande. Den von Lande in die Stadt ziehenden Familien von Kriegsteilnehmern ist es zunächst unmöglich, mit den Mindestsätzen der reichsgesetzlichen Familienunterstützung auszukommen. Es kann daher den Familien von Kriegsteilnehmern nur dringend geraten werden, während der Kriegszeit, wenn nicht zwingende Gründe einen Aufenthaltswechsel bedingen, von einem Verzuge abzusehen. Bei vorliegendem Mangel dringen der Gründe haben die etwa Verziehenden keine höhere Familienunterstützung in dem neuen Aufenthaltsorte zu erwarten."

Es ist natürlich nicht bloß die Aussicht auf eine höhere Unterstützung, die zum Abzug vom Lande den Anlaß bietet, sondern vor allen Dingen die bessere Erwerbsmöglichkeit. Hier müßte auf dem Lande in erster Linie eingesetzt werden, mit mehr oder weniger schwungvollen Aufrufen erreicht man noch nichts.

Kleine politische Nachrichten.

Das portugiesische Ministerium tritt zurück. Nach Meldungen aus Lissabon hat der Ministerpräsident ein Rücktrittsgesuch des ganzen Ministeriums eingereicht.

Bille gefallen? Einer unbestätigten Nachricht aus Washington zufolge, ist der mexikanische Bandenführer Villa an den Wunden gestorben, die er in den letzten Gefechten erlitten haben soll.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160413-16/fragment/page=0003

Soweit

Pflaumenmus
aus frisch. Früchten, Pfund
68 Pf.

Lebensmittel

Vorrat!

Preisselbeeren
lose Pfund
70 Pf.

Kolonialwaren

Kriegs-Kornfranck	Pfd.	50
Kath. Malzkaffee	Pfd.	55
Kalobion, bester Kaffee-Ersatz,	Pfd.	55
Franck-Griesszusatz	Pfd.	25
Gebackene Aprikosen	¼ Pfd.	55
Gebackene Pfirsiche	¼ Pfd.	50
Gebackene Birnen	¼ Pfd.	45
Gebackene Pflaumen	¼ Pfd.	35
Datteln	¼ Pfd.	35
Tafelfeigen	¼ Pfd.	25
Pudding	Paket	15

Weine

Dürkheimer Feuerberg	Flasche	1.65
Montagne, Natur-Rotwein,	Flasche	1.85
Sankta Helena, milder, süsser Rotwein	Flasche	2.25
Samos	Flasche	2.00
Sherry	Flasche	2.25
Madeira	Flasche	2.25
Goldmalaga	Flasche	2.75
Wermuthwein	Flasche	1.25
Guntersblumer	Flasche	1.50

Leberwurst Pfund **1.90**

Rotwurst Pfund **2.10**

Knoblauchwurst Pfund **1.90**

Delikateß-Sülze ¼ Pfund **50**

Delikateß-Sülze . . Dose **1.85**

Konserven

Gewürfelte Karotten 2 Pfd.-Dose	48
Grüne Bohnen, 2 Pfd.-Dose	60
Junge Wachsbohnen 1 Pfd.-Dose	38
Leipzig. Allerlei, 2 Pfd.-Dose	1.10
Leipzig. Allerlei, 2 Pfd.-Dose	1.30
Leipzig. Allerlei, 2 Pfd.-Dose	1.50
Teltower Rübchen 2 Pfd.-Dose	1.10
Teltower Bübchen Pfd.-Dose	60
Sellerie i. Scheib., 2 Pfd.-Dose	1.10
Stangenspargel 2 Pfd.-Dose 2.60 2.35 2.15	1.75
1 Pfd.-Dose 1.40 1.25 1.10	1.00
Schnittspargel 2 Pfd.-Dose 1.65 1.40	1.30
1 Pfd.-Dose 1.10 1.00 90	60
Weichselkirschen 2 Pfund-Dose	95
Sauerkirschen, 2 Pfd.-Dose	1.20
Süsskirschen, 2 Pfd.-Dose	1.15
Pflaumen . . 2 Pfund-Dose	70
Hering in Tomaten Dose 95	85
Sardinen i. Tomaten, Dose	65
Makrelen in Tomaten Dose 95	85
Makrelen in Oel . . Dose	1.25
Hering in Gelee . . Dose	1.00
Hering in verschiedenen Saucen . . . . . Dose	95
Bratheringe . . . . Dose	1.25
Oelsardinen . Dose 1.20 85	55

Ausländischer Edamer Käse ½ Pfund **1.10**

Ausländischer Holländer Käse ½ Pfund **1.10**

Jagdwurst Pfund **2.20**

Halberstädter-Würstchen Dose **1.20**

Dänische Sahne Flasche **1.20**

Kunst-Honig

5 Pfund-Eimer	2.40
10 Pfund-Eimer	4.75
lose, Pfund	43
Pfundpakete	48

Marmeladen

lose:

Pflaumen-Marmelade	Pfd.	60
Himbeer-Marmelade	Pfd.	60
Johannisbeer-Marmelade	Pfd.	60
Kirsch-Marmelade	Pfd.	60
Gemischte Marmelade	Pfd.	48

in Eimern:

Gemischte Marmelade . 2 Pfd.		1.10
Gemischte Marmelade . 5 Pfd.		2.68
Gemischte Marmelade . 10 Pfd.		4.95
Gemischte Marmelade . 25 Pfd.		12.00
Pflaumen-Marmelade . 5 Pfd.		3.15
Dreifrucht-Marmelade . 2 Pfd.		1.30
Marmeladen, Oelkers Packung	Dose	60

Cornedbeef ¼ Pfund **50** Pf.

Cornedbeef ½ Pfund **90** Pf.

Hamburger Engros-Lager, Leopold
Nussbaum
G. m. b. H.
198

Lachsheringe Stück **39** Pf.

Makrelen-Bücklinge Stück **30** Pf.

Oster-Hasen, Eier, Attrappen
203

empfiehlt in reichhaltiger Auswahl zu mässigen Preisen

Robert Schirmer, Leipzigerstr. 72, Mansfelderstr. 43.

Schmierseife billig!

Seifenpreise steigen immer mehr. Meine Schmierseifen ersetzen vollständig die teuren Oel- und Kernseifen.

Habe noch große Posten anzubieten und offeriere dieselben:

Gelbe	per Pfund	90 Pfg.,	per Zentner	80 Mk.
Graue	„ „	90 „	„ „	80 „
Weisse	„ „	80 „	„ „	70 „

Viele Nachbestellungen von Militärbehörden, Krankenhäusern, Fabriken, Hotels u. Privaten. — Prompter Versand nach auswärts in Gebinden von ca. 40, 60, 100 Pfd. p. Nachn. frei jeder Bahnstation.

Wiederverkäufern Extrapreise. 207

Geiststr. 20, vis-a-vis Lichtenhainer Krug. **Nieme,** **Herrenstr. 20.**

Jugendschön
202

wird das Gesicht bei Gebrauch meines Schönheits-Wiederherstellers D.-R.-G.-M. Falten, Pickeln, Mitesser, sowie graue und gelbe Haut verschwinden in kurzer Zeit. Hohle Wangen werden durch atmosphär. Druck herausgesaugt. Vorzügl. erprobt u. empfohlen. Preis 4.50 Mark.

Nur Damenbedienung. **Sanitas-Depot,** Leipzigerstr. 11, p. Kein Laden!

Schnürschuhe für Herren und Kinder, Handarbeit, offeriert preiswert **J. Sternlicht,** Alter Markt 11. *39

Dieser Kragen 41 kostet 60 Pfg. Weisse Vorhemden 1.10, Dauerwäsche **Marke Waschbär,** Kl. Berlin 2, I.

Gaskocher von 2.50 Mark an **G. Brose,** Gr. Sandberg 8, am Zivilgericht. 18a

---

Gemüse- u. Obstbau, Kleintierzucht.

Die besten Anleitungen dazu geben aus der Lehrmeister-Bibliothek die Bändchen:

Anleitung zum Gemüsebau 40 Pf. 8 Abb.	(Nr. 38/39)	
Düngung im Gemüsegarten 20 Pf.	(Nr. 322)	
Lohnender Kartoffelbau 20 Pf. 8 Abb.	(Nr. 111)	
Das Mistbeet 40 Pf. 36 Abb.	(Nr. 260/61)	
Der Hausgarten 20 Pf. 8 Abb.	(Nr. 1)	
Kultur der Erdbeere 20 Pf. 31 Abb.	(Nr. 240)	
Tomaten-Büchlein 20 Pf. 2 Abb.	(Nr. 233)	
Praktische Champignonzucht 20 Pf.	(Nr. 146)	
Unsere Beerensträucher 20 Pf. 19 Abb.	(Nr. 231)	
Gurke, Melone und Kürbis 20 Pf. 19 Abb.	(Nr. 339)	
Monatskalender f. Obstbau 20 Pf.	(Nr. 45)	
Pflanzung u. Pflege d. Obstbäume 20 Pf. 16 Abb.	(Nr. 116)	
Düngung der Obstbäume 20 Pf.	(Nr. 44)	
Nutzbringende Hühnerzucht 40 Pf. 37 Abb.	(Nr. 225/26)	
Nutzbring. Kaninchenzucht 40 Pf. 48 Abb.	(Nr. 170/71)	
Nutzbringende Ziegenzucht 60 Pf. 46 Abb.	(Nr. 336/38)	
Schweinzucht und -Haltung 20 Pf. 3 Abb.	(Nr. 65)	
Kaninchenfleisch-Küche 40 Pf.	(Nr. 334/35)	

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung, Halle a. d. S.,
Harz 42/44.

Riesen-Auswahl in einfachen und besseren **Möbeln** jeder Art, noch zu alten, billigen Preisen! 92

Vortelhafte Zahlungsbedingungen.

Möbelfabrik C. Haupimann, Kl. Ulrichstr. 36. a. u. b.

Futter-Rüben,

sehr schönes, gesundes Futter für Pferde, Ersatz für Pferdemöhren, ersetzt für Hühner Grünfutter, ferner für Ziegen, Schweine, Kaninchen 2c. sehr zu empfehlen, offeriere in Ladungen, Fuhren und zentnerweise *75

Paul Otto,
Königstraße 71. Tel. 3329.

Parteischriften empfiehlt Volksbuchhandlg.

Arbeitsmarkt

Für Stellen-Vermittelung

aller Art, wie Angebote und Gesuche von **Lehrmädchen, Lehrlingen, Arbeits-Mädchen und -Burschen, Arbeitern und Handwerkern aller Branchen** empfehlen wir die Spalten dieser Zeitung einer geneigten Benutzung und Beachtung.

Bezieher des Volksblattes erhalten auf solche Anzeigen, bis zu 6 Zeilen, gegen Rückgabe der Quittung in dem Monat, für den sie gelöst ist,

50 Prozent Rabatt.

Verlag des Volksblattes.

---

*78 Wir suchen

1 Kesselschmied, 1 Werkzeugschlosser, 1 Dreher

für dauernde Beschäftigung bei gutem Lohn.

Landsberger Maschinenfabrik, Aktiengesellschaft, **Landsberg, Bezirk Halle a. d. S.**

Werkzeugmacher gesucht. Ausführliche schriftliche Angebote an *77 **Eggebrecht & Schumann,** Berlin-Pankow.

Für unser Mehlgeschäft suchen kräftiges, gewandtes **Lehrmädchen** mit guter Schulbildung, aus ordentlicher Familie. **Gebr. Ronneburg,** Robert Franzstraße 21. 200

Tüchtige **Rock-, Tag- u. Hosenschneider** sucht **F. Bottger,** Gr. Ulrichstraße 42. 199

Fahrleute zum Koksfahren von Gasanstalt Klaustor nach Nietleben gesucht. **Paul Heydenreich,** Nietleben, Fernruf 6843. *80

Mode-Zeitungen empfehlen die Volksbuchhdlg.

Arbeiter!

Geschäfte, die nicht in eurer Zeitung inserieren, verzichten auf Arbeiterkundschaft! Berücksichtigt daher bei euren Einkäufen nur die Inserenten des **Volksblatts.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160413-16/fragment/page=0004

Halle, 13. April.

Unterhaltungs-Beilage

des Hallischen Volksblattes.

Nummer 88 — 1916.

2)

Die Judenbuche.

Erzählung von Annette v. Droste-Hülshoff.

„Simon, bist du da?" sagte sie, und zitterte, daß sie sich am Stuhle halten mußte. „Willst du sehen, wie es mir geht und meinem schmutzigen Jungen?" — Simon betrachtete sie ernst und reichte ihr die Hand: „Du bist alt geworden, Margret!" — Margret seufzte: „Es ist mir derweil oft bitterlich ergangen mit allerlei Schicksalen." — „Ja, Mädchen, zu spät gefreit, hat immer gereut! Jetzt bist du alt und das Kind ist klein. Jedes Ding hat seine Zeit. Aber wenn ein altes Haus brennt, dann hilft kein Löschen." Ueber Margrets vergrämtes Gesicht flog eine Flamme, so rot wie Blut.

„Aber ich höre, dein Junge ist schlau und gewicht," fuhr Simon fort. — „Ei nun so ziemlich, und dabei fromm." — „Hum, 's hat mal einer eine Kuh gestohlen, der hieß auch Fromm. Aber er ist still und nachdenklich, nicht wahr? er läuft nicht mit den andern Buben?" — „Er ist ein eigenes Kind," sagte Margret wie für sich; „es ist nicht gut." Simon lachte hellauf: „Dein Junge ist schen, weil ihn die andern ein paarmal gut durchgedroschen haben. Das wird ihnen der Bursche schon wieder bezahlen. Hülsmeyer war neulich bei mir, der sagte, es sei ein Junge wie 'n Reh."

Welcher Mutter geht das Herz nicht auf, wenn sie ihr Kind loben hört? Der armen Margret ward selten so wohl, jedermann nannte ihren Jungen tückisch und verschlossen. Die Tränen traten ihr in die Augen. „Ja, gottlob, er hat gerade Glieder" — „Wie sieht er aus?" fuhr Simon fort. — „Er hat viel von dir, Simon, viel." Simon lachte: „Ei, das muß ein rarer Kerl sein, ich werde alle Tage schöner. An der Schule soll er sich wohl nicht verbrennen. Du läßt ihn die Kühe hüten? Ebensogut. Es ist doch nicht halb wahr, was der Magister sagt. Aber wo hütet er? „Im Telgenarund? im Koderholze? im Teutoburger Wald? auch des Nachts und früh?" — „Die ganzen Nächte durch; aber wie meinst du das?"

Simon schien dies zu überhören; er rückte den Hals zur Tür hinaus: „Ei, da kommt der Gesell! Vatersohn! er schlenkert gerade so mit den Armen wie dein seliger Mann Und schau mal an! wahrhaftig, der Junge hat meine blonden Haare!"

In der Mutter Züge kam ein heimliches, stolzes Lächeln; ihres Friedrichs blonde Locken und Simons rötliche Borsten! Ohne zu antworten, brach sie einen Zweig von der nächsten Hecke und ging ihrem Sohn entgegen, scheinbar, eine träge Kuh anzutreiben, im Grunde aber, ihm einige rasche, halb drohende Worte zuzurunnen; denn sie kannte seine störrische Natur, und Simons Weise war ihr heute einschüchternder vorgekommen als je. Doch ging alles über Erwarten gut; Friedrich zeigte sich weder verstockt, noch frech, vielmehr etwas blöde, und sehr bemüht, dem Ohm zu gefallen. So kam es denn dahin, daß nach einer halbstündigen Unterredung Simon eine Art Adoption des Knaben in Vorschlag brachte, vermöge deren er denselben zwar nicht gänzlich der Mutter entziehen, aber doch über den größten Teil seiner Zeit verfügen wollte, wofür ihm dann am Ende des alten Junggesellen Erbe zufallen solle, das ihm freilich ohnedies nicht entgehen konnte. Margaret fieß sich geduldig auseinandersetzen, wie groß der Vorteil, wie gering die Entbehrung ihrerseits bei dem Handel sei. Sie wußte am besten, was eine kränkliche Witwe an der Hilfe eines zwölfjährigen Knaben entbehrt, den sie bereits gewöhnt hat, die Stelle einer Tochter zu ersetzen. Doch sie schwieg und gab sich in alles. Nur hat sie den Bruder, streng, doch nicht hart gegen den Knaben zu sein.

„Er ist gut" sagte sie, „aber ich bin eine einsame Frau; mein Sohn ist nicht wie einer, über den Vaterhand regiert hat." Simon nickte schlau mit dem Kopf: „Laß mich nur gewähren, wir wollen uns schon vertragen, und weißt du was? gib mir den Jungen gleich mit, ich habe zwei Säcke aus der Mühle zu holen; der kleinste ist ihm grad recht, und so lernt er mir zur Hand gehen. Komm, Fritzchen, zieh deine Holzschuh an!" — Und bald sah Margret den beiden nach, wie sie fortschritten. Simon voran, mit seinem Gesicht die Luft durchschneidend, während ihm die Schöße des roten Rocks wie Feuerflammen nachzogen. So hatte er ziemlich das Ansehen eines ferrigen Mannes, der unter dem gestohlenen Sacke büßt; Friedrich ihm nach, fein und schlank für sein Alter, mit zarten, fast edlen Zügen und langen blonden Locken, die besser gepflegt waren, als sein übriges Aeußere erwarten ließ; übrigens zerlumpt, sonnenverbrannt und mit dem Ausdrucke der Vernachlässigung und einer gewissen rohen Melancholie in den Zügen. Dennoch war eine große Familienähnlichkeit beider nicht zu verkennen, und wie Friedrich so langsam seinem Führer nachtrat, die Blicke fest auf denselben geheftet, der ihn gerade durch das Seltsame seiner Erscheinung anzog, erinnerte er unwillkürlich an jemand, der in einem Zauberspiegel das Bild seiner Zukunft mit verstörter Aufmerksamkeit betrachtet.

Jetzt nahten die beiden sich der Stelle des Teutoburger Waldes, wo das Brederholz den Abhang des Gebirges niedersteigt und einen sehr dunklen Grund ausfüllt. Bis jetzt war wenig gesprochen worden. Simon schien nachdenkend, der Knabe zerstreut, und beide keuchten unter ihren Säcken. Plötzlich fragte Simon: „Trinkst du gern Branntwein?" — Der Knabe antwortete nicht. „Ich frage, trinkst du gern Branntwein? gibt dir die Mutter zuweilen welchen?" — „Die Mutter hat selbst keinen," sagte Friedrich — „So, so, desto besser! — Kennst du das Holz da vor uns?" — „Das ist das Brederholz." — „Weißt du auch, was darin vorgefallen ist?" — Friedrich schwieg. Indessen kamen sie der düsteren Schlucht immer näher.

„Betet die Mutter noch so viel? hob Simon wieder an. — „Ja, jeden Abend zwei Rosenkränze." — „So? und du betest mit?" — Der Knabe lachte halb verlegen mit einem durchtriebenen Seitenblick. — „Die Mutter betet in der Dämmerung vor dem Essen den einen Rosenkranz, dann bin ich noch nicht wieder da mit den Kühen, und den andern im Bette, dann schlaf ich gewöhnlich ein." — „So, so, Geselle!" — Diese letzten Worte wurden unter dem Schirm einer weiten Buche gesprochen, die den Eingang der Schlucht überwölbte. Es war jetzt ganz finster; das erste Mondviertel stand am Himmel, aber seine schwachen Schimmer dienten nur dazu, den Gegenständen, die sie zuweilen durch eine Lücke der Zweige berührten, ein fremdartiges Ansehen zu geben. Friedrich hielt sich dicht hinter seinem Ohm; sein Odem ging schnell, und der seine Züge hätte unterscheiden können, würde den Ausdruck einer ungeheuren, doch mehr phantastischen als furchtsamen Spannung darin wahrgenommen haben. So schritten beide rüstig voran, Simon mit dem festen Schritt des abgehärteten Wanderers, Friedrich schwankend und wie im Traum Es kam ihm vor, als ob alles sich bewegte und die Bäume in den einzelnen Mondstrahlen bald zusammen, bald voneinanderschwankten. Baumwurzeln und schlüpfrige Stellen, wo sich das Wasser gesammelt, machten seinen Schritt unsicher; er war einige Male nahe daran, zu fallen. Jetzt schien sich in einiger Entfernung das Dunkel zu brechen, und bald traten beide in eine ziemlich große Lichtung. Der Mond schien klar hinein und zeigte, daß hier noch vor kurzem die Axt unbarmherzig gewütet hatte. Ueberall ragten Baumstümpfe hervor, manche mehrere Fuß über der Erde, wie sie gerade in der Eile am bequemsten zu durchschneiden gewesen waren; die verpönte Arbeit mußte unversehens unterbrochen worden sein, denn eine Buche lag quer über dem Pfad, in vollem Laub, ihre Zweige hoch über sich streckend und im Nachwinde mit den noch frischen Blättern zitternd. Simon blieb einen Augenblick stehen und betrachtete den gefällten Stamm mit Aufmerksamkeit. In der Mitte der Lichtung stand eine alte Eiche, mehr breit als hoch; ein dürrer Strohl, der durch die Zweige auf ihren Stamm fiel, zeigte, daß er hohl sei, was ihn wahrscheinlich vor der allgemeinen Zerstörung geschützt hatte. Hier ergriff Simon plötzlich des Knaben Arm.

„Friedrich, kennst du den Baum? Das ist die breite Eiche." — Friedrich fuhr zusammen und klammerte sich mit kalten Händen an seinen Ohm. „Sieh," fuhr Simon fort, „hier haben Ohm Franz und der Hülsmeyer deinen Vater gefunden, als er in der Betrunkenheit ohne Buße und Oelung zum Teufel gefahren war." — „Ohm, Ohm!" keuchte Friedrich. — „Was fällt dir ein? Du wirst dich doch nicht fürchten? Satan von einem Jungen, du kneipst mir den Arm, laß los, los!" — Er suchte den Knaben abzuschütteln. „Dein Vater war übrigens eine gute Seele; Gott wird's nicht so genau mit ihm nehmen. Ich hatte ihn so lieb, wie meinen eigenen Bruder." — Friedrich ließ den Arm seines Ohms los; beide legten schweigend den übrigen Teil des Waldes zurück und das Dorf Brede lag vor ihnen, mit seinen Lehmhütten und den einzelnen besseren Wohnungen von Ziegelsteinen, zu denen auch Simons Haus gehörte.

Am nächsten Abend saß Margret schon seit einer Stunde mit ihrem Rocken vor der Tür und wartete auf ihren Knaben. Es war die erste Nacht, die sie zugebracht hatte, ohne den Atem ihres Kindes neben sich zu hören, und Friedrich kam noch immer nicht. Sie war ärgerlich und ängstlich, und wußte, daß sie beides ohne Grund war. Die Uhr im Turm schlug sieben, das Vieh kehrte heim; er war noch immer nicht da, und sie mußte aufstehen, um nach den Kühen zu schauen.

(Fortsetzung folgt.)

Mazedonische Probleme.

Armeeoberkommando, 26. März.

Als Serbien im Herbst 1913 das eroberte Mazedonien übernahm, ging es sofort an die Lösung der wichtigsten Bevölkerungs- und Wirtschaftsprobleme. Es verfuhr dabei mit der Brutalität, die auf dem Balkan in den Fängen staatlicher Einwirkung seit altersher im Schwange ist. „Ote — toi que je m'y mette!" — „Platz machen — weg da!" Alle bulgarischen Schulen und Kirchen wurden geschlossen, ihre Archive verbrannt — wer das Bekenntnis zum Serbentum nicht ausdrücklich ablegte, besaß keine gewerbliche Freizügigkeit, keine Freiheit des brieflichen Verkehrs, wurde wirtschaftlich und politisch mit allen Zangen gekniffen. Das ist nicht übertrieben. Aber die moralische Entrüstung überläßt man am besten den Beteiligten selber. In allen beteiligten Balkanstaaten ward stets nach diesem Rezept gearbeitet.

Aber die Serben haben neben dieser üblichen Nationalitätenpolitik andere, großzügige Versuche zum Aufbau des vielgemarterten Landes gemacht. Diese Versuche sind im Entwurf stecken geblieben — der Krieg machte ihnen ein Ende. Aber für den künftigen Wiederaufbau des Landes ist es von Wert, sich dieser Versuche zu erinnern. Denn auch Bulgarien findet in dieser vielgeliebten, erdlich gewonnenen Provinz dieselben Probleme vor, wie sein vom abgetaner Gegner. Es wird diese Probleme anders empfinden und anders zu lösen versuchen. Niemand zweifelt daran, daß Mazedonien unter seiner Verwaltung künftig ein wertvolles, ruhig arbeitendes und blühendes Stück des Gesamtstaates werden wird, wie Ost-Rumelien, wie auch Thrazien. Während Serbien nach dem letzten Kriege die eroberten Provinzen unter Ausnahmerecht stellte, hat Bulgarien bekanntlich sofort ganz Thrazien in das parlamentarisch vertretene Staatsgebiet mit einbezogen.

Ein Hauptproblem mazedonischer Bevölkerungspolitik ist in den letzten Jahrzehnten immer mehr das Auswandererproblem geworden. Zunächst in das bulgarische Mutterland, dann aber auch nach Rumänien, Oesterreich-Ungarn und Amerika strömten jährlich Tausende von Wanderarbeitern ab. Der Hauptstrom der Amerika-Auswanderer dieser Gegend kam freilich aus Kroatien, Slavonien und Dalmatien (so aus Kroatien jährlich zuletzt allein 50 000). Aber auch Mazedonien stellte einen guten Anteil. Diese Mazedonier wanderten meistens nur auf Saisonarbeit. Ihre Frauen besorgten zu Hause die Wirtschaft. Sie schickten Geld heim und brachten am Schluß noch ein Stämmchen mit. Dieser Geldstrom hat dem Lande viel genützt. Aber zahlreiche Männer blieben auch drüben — besonders die, denen etwas glückte. In den letzten Jahren nahm auch die Frauen-Auswanderung zu. Indem sich in der neuen Heimat kroatische, dalmatinische, mazedonische Liguen bildeten, lernte man die alte Heimat leichter vergessen.

Serbien fand nach dem zweiten Kriege das Land entvölkert — zahllose Mohammedaner und andere Nicht-Serben waren geflüchtet oder wanderten aus, als das stramme serbische Regiment begann. Serbien versuchte zunächst geschickt, den Auswandererstrom aus den serbo-kroatischen Ländern der Monarchie nach Mazedonien zu lenken. Das wäre bei längerer Friedensdauer vielleicht in weitem Maße geglückt. Denn die Auswanderer wurden angelockt durch wirtschaftliche Vorteile, in einem national ihnen homogenen Staate. An Stelle der alten feudalen Agrarbesitzverhältnisse der Türkenzeit schuf Serbien hier durch rücksichtslose Expropriation unangeheurer Besitztümer die Grundlage für ein Kleinbauerntum heimischer Färbung. So wurden im Kossovogebiet 210 000, im Owtschepolje 30 000, bei Prizrend 3500, bei Katschanik 1000 Hektar Siedlungsland geschaffen. Da im Durchschnitt für jede Familie fünf Hektar unentgeltlich abgegeben wurden, reichte allein dieses Gebiet für 25 000 Familien aus. Freilich wurde in der nationalen Auslese der Angesiedelten sehr streng verfahren. Zuerst hatten serbische Bürger der neuen Gebiete, dann solche Altserbiens, schließlich Serben oder Slawen des Auslandes Anspruch. Die Regierung stellte diesen Siedlern nebst dem Lande auch Darlehen zur Verfügung und unterstützte wie zu Hause so auch hier kräftig das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen. So hatte die Genossenschaft in Istiw kurz vor dem Kriege 500 Mitglieder — für eine bisher kaum von Fremden betretene Stadt sicher eine merkwürdige Erscheinung.

Bulgarien wird seinen eigenen Weg finden, dieses Land, in dem zahlreiche Dörfer verlassen stehen, allmählich wieder so zu bevölkern, wie es einst in seiner Blütezeit gewesen ist. Dabei wird es aber das Besiedelungsproblem nicht trennen können von dem Problem der Landbewirtschaftung. Das an sich überraschend fruchtbare Mazedonien wird heute noch rein extensiv bewirtschaftet. Die meisten Gegenden kennen nur den Holzpflug. An Stelle von Eggen sieht man zusammengebundene Dornbüschel. Künstlicher Dünger ist fast unbekannt. Aber auch an natürlichem mangelt es. Dieses schwierige und nur nach und nach zu lösende Problem hat Serbien nicht anpacken können. Denn seine eigene Landwirtschaft leidet unter derselben Rückständigkeit. Seine Versuche, durch Errichtung von landwirtschaftlichen Schulen und Mustergütern hier gründlich zu reformieren, sind zu Hause fast alle mißglückt. Da hat Bulgarien eine große und lohnende Aufgabe vor sich. Die mazedonische Bevölkerung, auch die nicht-bulgarische, ist durchweg fleißig und will vorwärts kommen. Roggen, Weizen, Mais gedeihen reichlich. Weite Strecken liefern Baumwolle. Wenn der Weltmarkt von dieser bisher noch nichts genutzt hat, so nur, weil Baumwolle hier nicht auf Plantagen, sondern nur zum jeweiligen Hausbedarf gebaut wird. Eigentliche Industrieprobleme existieren für Mazedonien nicht, weil es an einer Industrie so gut wie ganz mangelt. Immerhin ist zu erwähnen, daß selbst die kleinen industriellen Anfänge, die aus der Türkenzeit stammen — z. B. einige Textilfabriken — in dem serbischen Interregnum untergegangen sind. Das hängt zusammen mit der schwierigen Lage, in die Mazedonien verkehrspolitisch durch den zweiten Balkankrieg geraten ist. Früher war Mazedonien ein politisch einheitliches Gebilde — zwischen den Hafenstädten der Küste und dem Hinterlande bis Uesküb hinauf gab es keine staatliche Grenze. Trotz allem politischen Elends im Innern ging das Land unter der türkischen Herrschaft wirtschaftlich langsam, aber sicher aufwärts. Der Friede von Bukarest schnitt einen Küstenstreifen von dem Lande ab und machte ihn griechisch — in diesem Streifen die Hauptstadt des Landes Salonik. Von diesem Streifen schied sich Neu-Bulgarien sofort durch hohe Zollschranken. Zwischen Serbien und Griechenland wurde Einigung über Einigung erzielt, aber kein Staat kann gegen sein Interesse. Und so sank Saloniks Bedeutung 1913-14 merklich von Monat zu Monat. Das war zum Teil die direkte Nachwirkung des Krieges. Es war aber auch eine Folge der unerträglichen politischen Verhältnisse Mazedoniens unter der serbischen Diktatur. Wie in Salonik, so lag auch in Monastir und Uesküb Handel und Wandel am Boden. Und wie in Mazedonien, so sah es auch in Salonik selber politisch alles andere als rosig aus. Von 120 000 Menschen waren unter der neuen Herrschaft 70 000 zurückgeblieben. Auf der Linie Salonik—Monastir sank der Verkehr um 30 Prozent, auf der Strecke nach Uesküb und der Youction-Bahn nach Konstantinopel war es nicht besser. Serbien schielte nach der Adria, unterhandelte mit Montenegro über eine Union und forcierte den Bau der Donau-Adriabahn. Es hatte an sich für Salonik kein besonderes Interesse. Aber auch Griechenland selber hat sich für Piräus immer mehr eingesetzt als für Salonik. Anders ist seine Bahnpolitik nicht zu verstehen. Als Endpunkt für seine Bahn, die Aegypten am schnellsten mit Europa verbinden soll, als den Konkurrenzhafen gegen Brindisi hat Griechenland immer Piräus und nicht Salonik im Auge gehabt.

Durch dieses Wirrwarr verkehrs- und wirtschaftspolitischer Gegensätze geriet das mazedonische Hinterland in eine bedrängte Lage. In dieser findet Bulgarien es heute vor. Noch läßt sich nicht übersehen, welche direkten Folgen der wirtschaftliche Zusammenschluß Mazedoniens mit dem bulgarischen Mutterlande für beide Teile haben wird, welche Auswege sich hier nach Süden und Westen öffnen. Das alles hängt von dem Ausgange dieses Krieges ab, von dem Verhältnis, in dem die frei beteiligten Staaten nach dem Kriege zueinander stehen. Wohl aber rückt ein anderes großes Problem der mazedonischen Zukunft, das Eisenbahnproblem, schon heute näher ins Licht.

Auch hier tritt Bulgarien ein reiches serbisches Erbe an. 800 Millionen Dinar betrugen die Baukosten für neue Bahnen in dem Gesetzentwurf, den die serbische Regierung noch im April 1914 einbrachte. Von diesen Bahnen entfielen auf Mazedonien 3, nämlich die Strecken Uesküb — Monastir, Monastir — Ochrida und Monastir — Istip. Die letzte ist für die Zukunft unbedingt die wichtigste, denn sie schafft zwischen dem Mutterlande und Mazedonien eine direkte Verbindung. Sie würde von Monastir, das bekanntlich mit Salonik durch eine Bahn verbunden ist, durch die Pelagonische Ebene laufend, Prilep berühren, würde die alte Wardartalbahn bei Gradsko überschreiten, Istip und Kocana anschließen und das bulgarische Eisenbahnnetz bei Kystendil erreichen. Eine Fortsetzung dieser bulgarischen Balkanquerbahn würde die geplante Linie Monastir — Ochrida bedeuten. Ihr Hauptsinn lag für Serbien in der Möglichkeit, von Ochrida aus durch Weiterbau über Elbassan bis Durazzo ans Adriatische Meer zu gelangen. Es ist sehr leicht möglich, daß Bulgarien nach dem Kriege dasselbe Interesse hat. Der Bau dieser Bahn würde die alte römische Reisestraße der Via Egnatia zwischen Durazzo und Konstantinopel endgültig in einen Schienenstrang verwandeln. Dagegen würde Bulgarien mit dem Bau der dritten Eisenbahn der Linie Uesküb — Monastir, weniger Eile haben als Serbien Serbien baute diese Bahnen lediglich, um die ihm nicht gehörige Wardartalbahn vermeiden zu können.

Dr. Adolf Köster, Kriegsberichterstatter.

Kleines Feuilleton.

Zur Verschiebung der Tageszeit

schreibt Theodor Wolff im Berl. Tagebl.: „Wie schon mancher seinen Standpunkt verschoben hat, wird nun auch der Zeiger an der Uhr verrückt, und zwar um eine Stunde vorwärts, während der Sommerzeit. Die Sonne wurde bisher nicht genügend ausgenützt, und während wir schliefen, verschwendete sie ohne jeden Profit für das Staatswesen ihre Helligkeit. Es kann trotz Besitzsteuern und ähnlichen Maßregeln, nicht länger behauptet werden, für Handel und Verkehr geschehe nichts. Durch eine einfache Regulierung der Uhren werden hocherfreuliche Ersparnisse erzielt. Außerdem wird man, was niemals schaden kann, jetzt die Dinge noch mehr als früher bei klarem Tageslicht sehen. Aber wo viel Licht ist, fehlt es natürlich nicht an Schatten, und ob, wie man behauptet hat, die Reform auch das allgemeine Wohlbefinden erhöhen wird, steht noch nicht ganz fest. Bisher wurden die jüngeren Schulkinder abends um 8 Uhr oder so ähnlich zu Bett gebracht. An den heißen Sommertagen hatten sie von der erfrischenden Abkühlung des Abends nicht viel genossen, aber doch noch gerade ein gesundes Lüftchen erhascht. Jetzt wird die Mutter genötigt sein, sie eine Stunde früher, in der Siedehitze, vor Sonnenuntergang, heimzutreiben, wenn ihnen nichts von der Schlafenszeit entgehen soll. Von der Morgenkühle haben sie nichts, denn sie werden in das Schulzimmer eingesperrt. Der Kaufmann, der Arbeiter und alle Personen, die den muffigen Sommertag im geschlossenen Raume verbracht hatten, konnten sich im Juli nach Sonnenuntergang noch fünf Stunden lang in einem Gartenlokal der Abendfrische erfreuen. Wenn die Polizeistunde von 1 Uhr auf 12 Uhr zurückgeregelt wird, entgeht ihnen ein Teil dieser Genußmöglichkeit. So sind die meisten Reformen Stückwerk und höchstens gelangen wir zu einem halben Glück. Was der Mensch an Licht dazugewinnt, verliert er an frischer Luft."

Qual.

Das ist's, was jede Stunde
Des Tages mir vergällt:
Wo viele so Gesunde
Sind heut' gefällt?
Es weinen meine Sorgen
Ins helle Abendrot:
So mancher sieht's, und morgen
Ist er schon tot.
Und kommen Mond und Sterne
Herauf im blassen Schein,
So hör' ich aus der Ferne
Den wunden Bruder schrei'n.

Artur Zickler.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191604 13-16/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis.

Halle, den 13. April 1916.

Berechtigte Bedenken gegen die Sommerzeit.

Allen Arbeitern und Angestellten ist wohl genügend klar, daß sie nach dem 1. Mai bei Inkrafttreten der Sommerzeit sich energisch gegen jeden Versuch wehren müssen, aus dem früheren Beginn der Arbeit eine Verlängerung der Arbeitszeit zu machen. Jeder wird hoffentlich Manns genug sein, solchem Ansinnen seines Unternehmers sich nicht zu fügen, sondern vielmehr den Fall sofort der Oeffentlichkeit zu unterbreiten, damit auf dem Gebiete sich nicht erst ein Uebel heimlich einfrißt.

Aber heute sei hier zunächst erst einmal der Kinder gedacht, die sich gegen schädigende Ueberlastungen nicht selbst wehren können. Nach unserer Ueberzeugung droht den Kleinen durch den noch früheren Schulbeginn zweifellos eine schwere Schädigung ihrer körperlichen und geistigen Gesundheit. In diesem Punkte befinden wir uns in seltener Uebereinstimmung selbst mit der Hallischen Zeitung, die von einem höheren Beamten eine Zuschrift folgenden Inhalts mitteilt:

Sehr geehrte Schriftleitung, in Ihrem neulichen Aufsatz über die Einführung einer besonderen Sommerzeit war der Standpunkt vertreten, daß bei der damit verbundene frühere Beginn des Schulunterrichts auch für die Schüler erfreulich sei. Ich und alle Bekannte, mit denen ich darüber gesprochen habe, sind anderer Ansicht. Die Schulkinder haben schon seit vielen Jahren ihre „Sommerzeit", ihr Unterricht beginnt schon seither im Sommer eine Stunde früher als im Winterhalbjahr. Und jetzt noch eine Stunde früher? Wer Kinder hat, weiß wie schwer diesen andauernden Frühaufstehen fällt, auch wenn sie entsprechend zeitig (an den langen hellen Sommerabenden) zu Bette gehen. Sie schlafen im Sommer, zur Schulzeit, seither schon nicht aus. Sollen sie aber künftig dauernd spätestens früh 5 Uhr (Schulbeginn 6 Uhr) aufstehen, so wird unsere vielfach blutarme und nervöse Jugend sicherlich in ihrer Gesundheit geschädigt werden. Mangelnde Aufmerksamkeit der müden Kinder in der Schule wird die Folge sein. Beleuchtung ist in der Schule durch die Maßnahme ohnedies nicht zu erparen. Man verschone also die Kinder, auf deren Nervenkraft unsere Zukunft beruht, mit der „Wohltat" einer doppelten Sommerzeit.

Die Schriftleitung der Hallischen Zeitung bemerkt dazu: „Wir geben gern zu, daß die Einwendungen des Herrn Einsenders Beachtung verdienen. Es würde sich jedenfalls empfehlen, wenn die Schulverwaltungen wenigstens für die jüngeren Schulklassen es bei dem bisherigen Unterrichtsbeginn auch unter der Herrschaft der Sommerzeit belassen. Denn auch hier gilt das Wort, daß man das eine — nämlich die Einführung der Sommerzeit, für die sonst so viele Gründe sprechen — tun kann und doch das andere nicht zu lassen braucht."

Diesen Ausführungen können wir uns vollinhaltlich anschließen, ja wir gehen noch weiter, indem wir dem Einsender völlig recht geben mit der Bemerkung, daß schon bei der bisherigen Schulzeit die Kinder leider nicht richtig ausschlafen konnten! Das ist ein schwerer, an unserer Volksgesundheit nagender Mißstand, der dringend behoben, auf keinen Fall aber noch verschärft werden sollte. — Die Schulverwaltung ist hoffentlich derselben Meinung?

Warnung vor Butter- und Salatöl-Ersatzmitteln.

Vom Kriegsausschuß für Oele und Fette wird uns folgendes mitgeteilt: Infolge der Knappheit an Fetten und Speiseölen sind im Laufe der letzten Wochen Erzeugnisse auf den Markt gebracht worden, die sich als Salatöl-Ersatz, Butter-Ersatz, Aufstrichmittel, Alldarin u. a. benennen. Diese Erzeugnisse sollen nach den Ankündigungen geeignet sein, Butter, bezw. Salatöl voll zu ersetzen. Eingehende Untersuchungen sämtlicher Mittel haben jedoch ergeben, daß bei allen von einem Ersatz nicht die Rede sein kann, daß sie vielmehr als Nährmittel vollständig wertlos sind. Die Butter-Ersatzmittel haben zumeist 50 Prozent Wassergehalt, beziehen im übrigen aus Magermilch oder Kartoffelmehl und weisen sämtlich nur einen geringen Prozentsatz von 12,81 bis 17,18 Proz. Fett, dagegen einen Wassergehalt von 49, 50—61, 54 Proz auf. Der Salatöl-Ersatz besteht aus 98—99 Proz. Wasser und 1—2 Prozent pflanzlicher Stoffe, die das Wasser sämig machen und färben. Die Preise für die angebotenen Ersatzmittel bewegen sich zwischen 1,50 bis 2 Mk. pro Liter bezw. Pfund. Das Publikum wird also beim Einkauf solcher Ersatzmittel erheblich geschädigt.

In einer Sitzung des Kriegsausschusses, an der die Kommissare aus dem Reichsgesundheitsamt dem Kriegsministerium, dem Ministerium des Innern und dem Reichsamt des Innern teilnahmen, wurde die Wertlosigkeit dieser Produkte von Sachverständigen nochmals hervorgehoben und dabei insbesondere betont, daß alle diese Mittel geeignet sind, in der wärmeren Jahreszeit als Krankheitsträger zu dienen, da sie in hohem Grade einen Nährboden für alle Bakterien darstellen. Bisher ist dank der getroffenen Vorkehrungen der Ausbruch von jeglichen Seuchen in der Heimat während des Krieges vollkommen verhindert worden, um so mehr muß auf die hier drohende Gefahr für die Gesundheit unseres Volkes mit allem Nachdruck hingewiesen werden. — Die Bevölkerung wird daher in ihrem eigensten Interesse eindringlichst davor gewarnt, Butter-Ersatzmittel oder Salatöl-Ersatz zu kaufen.

Es mag besonders darauf hingewiesen werden, daß Hersteller des Butterersatzmittels wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz mit schwerer Haft und Geldstrafen bedacht worden sind. Die geeigneten Maßnahmen der Behörden sind bereits in die Wege geleitet worden, um solche Präparate aus dem Handel verschwinden zu lassen.

Fleischverkauf nur gegen Brotschein!

Vom Magistrat wird angeordnet:

Der gewerbsmäßige Verkauf von frischem Fleisch darf nur an Hallische Einwohner erfolgen, die als solche dem Verkäufer bekannt sind oder sich durch Vorlegung des Brotscheines ausweisen. An einen Käufer darf auf einmal keine größere Menge als ein Pfund Fleisch abgegeben werden.

Unter Fleisch ist das Fleisch von Rindern, Kälbern, Schafen und Schweinen zu verstehen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der obengenannten Verordnung. Diese Bekanntmachung tritt sofort in Wirksamkeit.

---

* **Kein Brennspiritus mehr!** Eine sehr überraschende amtliche Meldung besagt: Mit Wirkung vom 5. April 1916 hat die Spiritus-Zentrale auf Veranlassung des Herrn Staatssekretärs des Innern die Abgabe von Brennspiritus zu Zwecken des Kleinhandels und zum privaten Gebrauch für Leucht- und Kochzwecke bis auf weiteres gänzlich eingestellt. Zu Zwecken des gewerblichen und medizinischen Verbrauchs wird Brennspiritus auch weiterhin unter Sicherung der Verwendung abgegeben. Die Abgabe erfolgt durch die Bezirksvertriebsstellen der Spirituszentrale. Das ist für viele, die erst im Kriege durch amtliche Aufforderung zum Ankauf einer Spirituslampe veranlaßt wurden, ein äußerst harter Schlag.

* **Schonet die Gemüse- und Obstpflanzungen!** Stärker noch als im vergangenen Jahr ist heuer das im Stadtgebiete brachliegende, für den Anbau freie Land der Bepflanzung nutzbar gemacht worden. Vieler mühsamer Arbeit hat es bedurft um das Land der Gemüse- und Obstzucht zu erschließen. Schon regt sich, unter der Einwirkung von Feuchtigkeit und Wärme der junge Wuchs, zeigen sich die ersten Triebe. Es ist nicht immer möglich, die Pflanzungen gegen unberechtigtes Betreten sicher abzuschließen. Der Kosten wegen mußte eine feste Einzäunung oft unterbleiben. So stehen denn heute solcher Pflanzungen, die dazu beitragen sollen, unsere Nahrungsmittel nach Möglichkeit zu vermehren und zu verbilligen, frei und unbeschützt mit einfachem Menschen Hut. Für jeden, dem es mit dem Wohl unserer Bevölkerung ernst ist, erwächst daraus die Pflicht, an seinem Teile zum Schutz dieser Anlagen beizutragen, dadurch, daß er erstens sich selbst vor jeder auch unbeabsichtigten Beschädigung solcher, ja fast allenthalben anzutreffenden Pflanzungen in Stadt und Land in acht nimmt, zweitens auch andere — insbesondere Tiere — von absichtlichen und unabsichtlichen Beschädigungen abhält. Es kommt jetzt die Zeit, in der jung und alt wieder hinausströmt ins Freie, in den Frühling. Da ist der Mahnruf doppelt angebracht: Achtet fremde Mühe und Fleiß! Schonet die Gemüse- und Obstpflanzungen! Schonet nicht minder auch die Felder und Wiesen!

* **Lebende Bilder im Volkspark.** Trübes regnerisches Wetter. Echte Aprilstimmung. Und doch waren gestern viele Kinder im Volkspark erschienen, um sich eine Ferienfreude zu bereiten, die ihnen auch zuteil wurde. Das innige Märchen von Schneewittchen bildete die Einleitung. Dann folgte eine Wanderung durch den deutschen Wald in allen vier Jahreszeiten. Was der Vortragende, Herr Direktor Laube, hier bot, war geradezu köstlich. Stille, weiche Frühlingslandschaften, üppiger deutscher Sommerwald, die satten Herbststimmungen und endlich die düstere Gewalt des Winters. Man kann es verstehen, warum gerade Deutschland so reich ist an zarten Märchen und Sagen. Ja, in solchen Wäldern wohnen wirklich geheimnisvolle Kräfte, die der Menschen Herz beeinflussen.

Den Erwachsenen bot der Abend eine Wanderung durch ein Steinkohlenbergwerk. Hier mag wohl allen, die sich die Arbeit des Bergmannes noch im Sinne Schenkendorfs vorstellten, die Wahrheit über diesen überaus schwerlichen Beruf aufgegangen sein. Es ist selten möglich ein Bergwerk zu besteigen. Herr Dir. Laube hatte jedoch viele Besteigungen vorgenommen, und zeigte vor allem eine Wanderung durch einen schlesischen Schacht. Ueberrascht blickte man auf die über der Erde liegenden gewaltigen Betriebe. Die weitere Wanderung zeigte dann die Mühsale der unterirdischen so wichtigen Kulturarbeit. Der Vortragende schloß mit der Hoffnung, allen einen klaren Einblick in die Arbeit derjenigen gegeben zu haben, auf deren Schultern ja Wahrheit heute unsere gesamte Kultur liegt.

Dem Denkenden aber tauchte mit unwiderstehlicher Macht der Gedanke auf, daß hier eine Vergesellschaftlichung dieser Betriebe einen ungeheuren Segen für die Beschäftigten und für die Menschheit bringen würde.

* **Der Auftrieb auf dem hiesigen Viehmarkt** belief sich auf: 85 Pferde, 211 Läuferschweine, für die 120 bis 150 Mark das Stück gefordert wurden, und 287 Ferkel, die 40 bis 55 Mark das Stück kosteten.

* **Das Hallische Schützengraben-Gelände** hinter der Kaserne am Roßplatz wird in den Fahrmarktstagen wieder zur Besichtigung freigegeben. Nachmittags von 3 bis 5 Uhr ist Konzert. Der Eintrittspreis beträgt für Erwachsene 20 Pf. und für Kinder 10 Pf. Der Ueberschuß soll den Hinterbliebenen der Gefallenen des Regiments Nr. 36 zugute kommen.

* **Die Ausstellung von Kriegergrabmälern** in Halle, die bekanntlich vorbereitet ist, von dem Kunstgewerbeverein zu Halle (Saale) und dem Landverein des Bundes Heimatschutz für die Regierungsbezirke Magdeburg und Merseburg, wird vom 29. April bis 20. Mai 1916 in den Räumen der neuen Städtischen Sparkasse zu Halle, Rathausstraße, veranstaltet werden.

* **Keine rasche Wiederbelegung von Gräbern.** Zufolge Erlasses des Kultusministers ist vom Reichskanzler darauf hingewiesen worden, daß während des Krieges viele Personen nicht in der Lage sein werden, die Grabstellen ihrer Angehörigen, deren Ruhezeit abgelaufen ist, durch Wiederkauf zu erhalten. Den Kirchhofsverwaltungen wird darum empfohlen, während des Krieges in Wiederbelegung von Gräbern tunlichst Zurückhaltung zu üben.

* **Im Turnlehrerinnen-Seminar** der Städtischen Handels-, Gewerbe- und Haushaltungsschule, Klosterstraße, fand vom 4. bis 7. April unter dem Vorsitz des Provinzialschulrats Marquardt aus Magdeburg die staatliche Prüfung statt. Von 27 Bewerberinnen, 20 waren in Halle und eine in Berlin ausgebildet, bestanden 25 die Prüfung.

* **Die diesjährigen Lehrgänge für Hebammenschülerinnen** in den Landes-Frauenkliniken zu Erfurt und Magdeburg beginnen am 1. Juli d. J. Gesuche um Zulassung sind an eine dieser Anstalten einzureichen, die auf Anfrage auch die Aufnahmebedingungen mitteilen werden.

* **Stadttheater.** In der am Freitag stattfindenden Aufführung von Mignon wird Herr W. Brobs die Partie des Wilhelm Meister singen, die übrige Besetzung bleibt die bekannte. Erfreulicherweise zeigt sich für das letzte Sinfonie-Konzert besonders reges Interesse, wohl durch den ganz außergewöhnlichen Erfolg, den die Solistin des Abends Wera Schapira bei ihrem ersten Auftreten hier in Halle errungen hat. Die Künstlerin hat sich für ihr diesmaliges Gastspiel zwei besonders interessante Stücke gewählt, die Burleske von Richard Strauß mit Orchesterbegleitung und die Paraphrase über Eugen Onegin. Die sinfonische Dichtung von Hausegger Barbarossa mit ihren drei Sätzen: Die Not des Volkes, Der Zauberberg, Das Erwachen paßt so recht in die Stimmung der jetzigen Zeit. Dr. Leopold Schmidt, der am Sonntag abend die Erstaufführung der Operettenneuheit Heimkehr des Odysseus dirigieren wird, leitet schon die letzten Proben persönlich. Die Spielleitung des Werkes führt Leopold Sachse. Besonders aufmerksam machen wollen wir noch auf die beiden Nachmittagsvorstellungen am Sonnabend 3½ Uhr Die Rabensteinerin, die bei besonders ermäßigten Preisen in Szene geht, und Sonntag nachmittags 3½ Uhr Alt-Heidelberg als letzte Volksvorstellung spielzeit.

Das diesmalige Gastspiel des Stadttheaterpersonals in den Thalia-Sälen bringt eine Aufführung von Max Halbes bekannten Liebesdrama Jugend unter der Spielleitung von Ludwig Masson. Beschäftigt sind die Herren Schreiner als Pfarrer Hoppe, Eckhardt als Amandus, Rehbach als Kaplan Gregor, Wilcke als Hans Hartwig und die Damen Gravi als Annchen und Debicke als Moruschka. Die Preise der Plätze sind die gewohnten volkstümlichen. Die Vorstellung beginnt wie immer um 8 Uhr.

* **Walhallatheater.** Anläßlich der Aufführung von Die Schiffbrüchigen, Theaterstück in drei Akten von Eugen Brieux, das, wie bereits bekanntgegeben, von Sonnabend, den 15., bis Donnerstag, den 20. April, im hiesigen Walhallatheater aufgeführt wird, schrieb ein Pfarrer von der Martin-Luther-Kirche in Berlin dem Berliner Tageblatt vom 4. August v. J.: „Mich zwingt der tiefe Eindruck, den ich selbst, wie viele andere, aus dem Besuche der Aufführung mitnahm, zum Worte. Wem die sexuelle Not unserer schulentlassenen Jugend beiderlei Geschlechts bekannt ist, wem ihre Bielgeistigkeit im Leben aufgestoßen ist, kann nicht anders als dankbar sein, daß es gewagt worden ist, dieses Stück, das ich nicht Sensation, sondern nach Inhalt und künstlerischer Darbietung mustergültig nennen möchte, auch in Berlin aufzuführen. Es ist ein Jammer, daß unsere Jugend sozusagen mit Scheuklappen auf das Leben losgelassen wird. Wie viele Eltern und Erzieher wagen es denn, mit unseren jungen Männern und Mädchen von den Dingen zu reden, von denen man liest und heimlich flüstert, aber nicht spricht? Alle Kundigen: Aerzte, Seelsorger, Erzieher, wissen, wie bitter sich oft das Heimlichtun früher oder später rächt. Das berühmte „Ich wußte es nicht" klagt alle die an, die so manches hoffnungsvolle Leben lieber ihrer Brüderie und ihrem vermeintlichen Hartgefühl opferten, als daß sie es vor dem Unglück bewahrten, das immer neue Opfer an Menschenglück und Volkskraft fordert; das ist das Zeichen unserer Verbildetheit: „Wir wissen es nicht", und dabei schreit die Not zum Himmel. Das ist die Heuchelei unserer Zeit: äußerlich ehrbar tun wollen und innerlich — Gedanken sind zollfrei. Mir ist gerade in diesen Tagen so viele Unkenntnis und — zugegeben — ehrliche oder eingebildete oder vorgegebene Zurückhaltung dem Stücke begegnet, daß ich es für meine Pflicht halte, an dieser Stelle auf die Aufführung aufmerksam zu machen. Was nützt alle körperliche Ertüchtigung, was die sittliche und Charakterbeeinflussung, wenn wir gerade in dem Punkte versagen, der bei aller Verhüllung als der springende Punkt anzusprechen ist? Wer weiß nicht, wie leicht hierin alles scheitert? Wir wollen es nur nicht wissen, weil die Geheimniskrämerei uns selbst als korrekt erzogene Gesellschaftsfähige erweisen soll. Sehen wir zu, daß uns niemand Vorwürfe machen kann — sei's auch nur unser Gewissen. Ich mag nicht mitschuldig werden, darum kann und darf ich nicht schweigen, und mag mein Unterfangen verurteilt und mißverstanden werden, was tut's? Unser heute von so vielen verworfenes Bibelbuch hat auch dieses Spruch: Wer da weiß Gutes zu tun und tut's nicht, dem ist's Sünde. Wen geht er noch an?" — Das Stück Die Schiffbrüchigen ist in Berlin fünf Monate lang täglich gegeben, unter großem Zulauf des Publikums. Da die Direktion auch hier mit einem Massenbesuche rechnet, empfiehlt es sich, die Eintrittskarten im Vorverkauf zu lösen.

* **Vorsicht bei Versendung von Karbid!** Die Ober-Postdirektion Halle macht bekannt: Zu den nach § 5 der Postordnung von der Postbeförderung ausgeschlossenen, leicht entzündlichen Sachen gehört u. a. auch Kalziumkarbid, das nach den Wahrnehmungen noch immer an die Heeresangehörigen im Felde verschickt wird. Gegen die Versender erfolgt ausnahmslos Anzeige. Vor der Versendung wird daher hiermit nochmals dringend gewarnt.

* **Zur Beseitigung eines Stubenbrandes** wurde die Feuerwehr nach den Weingärten gerufen. Nach halbstündiger Tätigkeit konnte die Wehr wieder abrücken.

Aus den Gerichtssälen.

Schwurgericht Halle.

Um drei Mark.

Ein eigenartiges Schicksal scheint über den im Mai vorigen Jahres aus dem Zuchthaus entlassenen Buchhalter Steigleder zu schweben. Er wurde nach seiner Entlassung aus dem Zuchthause vom hiesigen Gefängnisverein in dessen Schreibstube beschäftigt. Dort soll er sich 25 Mark erschwindelt haben doch blieben zuletzt in der damaligen Gerichtsverhandlung nur drei Mark fünfzig Pfennig übrig, von denen der Schreibstubenvorsteher behauptete, daß sie nicht von ihm gezahlt worden wären, wenn er gewußt hätte, wie die Dinge standen. Die Strafkammer billigte dem Angeklagten damals mildernde Umstände zu, weil es sich nur um drei Mark und einige Groschen gehandelt habe. Sie verurteilte den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis. Ein Sachverständiger hatte „amts geistige Minderwertigkeit festgestellt, die ihn jedoch nicht straffrei mache.

Eng mit diesen Vorgängen hängt die Strafsatz zusammen, die ihn jetzt vor das Schwurgericht führte. Steigleder hatte sich einige Tage in der Wohnung eines anderen Strafentlassenen aufgehalten, weil er selbst nicht die nötigen Mittel hatte. Dieser, ein gewisser Schwarzkopf, hatte anläßlich eines Einbruchs in Magdeburg ein Sparkassenbuch gestohlen, das er bis auf rund neun Mark abgeholen hatte. Einer von den beiden, wer, konnte nicht genau festgestellt werden, fälschte das Buch sehr angeschickt, so daß es jetzt auf 800 Mark lautete. Steigleder versprach dann dem Schwarzkopf, daß er ihm jetzt auf das Buch Geld durch Verleihen beschaffen wolle. Dies will er jedoch nicht im Schilde gehabt haben; er habe nur weiter bei Schw. wohnen wollen. Die beiden trennten sich dann und Steigleder, der nach Erfurt wollte, benutzte das Buch zu folgendem Betrug: Er ging an einem Sonnabend nachmittag zu einem Selterwasserverkäufer und bat ihn, ihm doch drei Mark zu borgen. Er werde als Sicherheit das Sparkassenbuch dalassen. Er wolle verreisen und habe keinen Pfennig Geld. Der Verkäufer, ein Invalide, sah, daß ein so hoher Betrag in dem Buche stand und borgte ihn die drei Mark. Steigleder ließ sich dann nie wieder sehen.

Das führte ihn jetzt wegen Fälschung einer öffentlichen Urkunde und Betrug vor das Schwurgericht. Er gibt sein Verbrechen zu, will aber das Buch nicht gefälscht haben, denn so ungeschickt hätte er das nicht getan. Der als Zeuge geladene erst 17jährige Schwarzkopf scheint ein recht gerissener Junge zu sein, denn er hat es fertig gebracht, sich unter falschem Namen verurteilen zu lassen. Er bleibt unverdeidigt, weil er einer Mittäterschaft dringend verdächtig erscheint. Steigleder bittet um mildernde Umstände. Wenn das Buch nicht verfälscht gewesen wäre, wurde er auch drei Mark darauf erhalten haben. Der geschädigte Verkäufer bestätigt das, denn erst durch die hohe Summe auf dem Buche sei er stutzig geworden und zur Sparkasse gegangen. Hier habe man ihn erst verhaften wollen.

Der Wahrspruch der Geschworenen lautet auf schuldig unter Zubilligung mildernder Umstände. Das Gericht verurteilte daraufhin den Angeklagten zu zwei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust.

Aus der Provinz.

Der Arbeitsmarkt im März 1916.

Der März brachte nach Mitteilung des Arbeitsnachweisverbandes Sachsen-Anhalt im allgemeinen eine merkliche Anspannung des Arbeitsmarktes, die u. a. auch durch den sehr starken Arbeiterbedarf neu errichteter großer Betriebe verursacht wurde. Auch gelernte und ungelernte Bau- und Erdarbeiter wurden wieder lebhaft gesucht. Zur Befriedigung des Bedarfes an ungelernten Arbeitern wurde verschiedentlich versucht, aus dem Königreich Sachsen, wo zahlreiche Arbeitslose gemeldet waren, Arbeitskräfte heranzuziehen. Dies gelang jedoch nur zum kleinsten Teil und scheiterte meist an der Lohnfrage oder der geringen Neigung der Leute, auswärtige Arbeit anzunehmen, und oft an der Unmöglichkeit, an die gemeldeten Arbeitslosen heranzukommen. Andererseits gewöhnen sich die Textilarbeiter, um die es sich hierbei meistens handelt, vielfach schwer in andere Verhältnisse. Entlassungen und Arbeitsverkürzungen wurden aus der Schuh- und Lederindustrie (Weißenfels) und Fleischkonservenfabriken (Halberstadt) gemeldet. Auch an Bäckern und Fleischern war zeitweilig ein gewisses Angebot vorhanden, während im übrigen gelernte Arbeiter aller Art sehr stark gesucht wurden. Hinsichtlich der Jugendlichen dauerten die Klagen über Lohnansprüche an; doch scheint, obgleich auch die von ihnen viel begehrten Burschenstellen an Zahl abgenommen haben, der Beschäftigungsgrad der Jugendlichen nicht günstiger geworden zu sein. Der Arbeitsmarkt für einheimische landwirtschaftliche Arbeiter ist in vielen Arbeitsnachweisbezirken ruhig, was auf die Gefangenbeschäftigung zurückgeführt wird. Am Schluß des Monats brachte das milde Wetter insbesondere sonst schwer unterzubringenden älteren Personen und weiblichen Arbeitskräften erwünschte Arbeitsgelegenheit bei Garten-, Park- und Forstarbeiten, vor allem in den größeren Städten.

Auch für weibliche Arbeitskräfte aller Art zeigte sich im Berichtsmonat im allgemeinen gesteigerte Nachfrage und eine erfreuliche Verminderung der Arbeitslosigkeit: in Burg wurden im Vormonat entlassene Tuchfabrikarbeiterinnen größtenteils wieder eingestellt; in Delitzsch, Oschersleben, Naumburg, Köthen und Zerbst nahm die Zahl der Arbeitslosen durch Einstellung in Fabriken und für Feldarbeiten merklich ab; die Heranziehung von Frauen als Ersatz für männliche Arbeitskräfte nimmt allenthalben zu. Aus Mühlhausen wurden dagegen Entlassungen von Strickerinnen und Weberinnen berichtet; auch in Weißenfels und Halberstadt nahm aus den oben genannten Gründen die Beschäftigung von Arbeiterinnen etwas ab. Für häusliche Dienstboten und die Stundenarbeit suchenden Kriegerfrauen hat sich Angebot und Nachfrage gegen den Vormonat nicht wesentlich geändert,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160413-16/fragment/page=0006

Keine Maimarken!

Das Maifonds-Komitee hat beschlossen, in diesem Jahre von der Herausgabe der gewohnten Maimarken der schwierigen Verhältnisse wegen abzusehen.

J. A.: Schellenbeck.

Merseburg. Die Fleischversorgung im Kreise. Für den Kreis Merseburg ist als Kreis-Viehhändler die Firma Nürnberger, Inhaber Aug. Quack in Merseburg, bestellt worden. Dem Kreisthändler liegt die Aufbringung des Schlachtviehs für Heeresbedarf, für die Bevölkerung und Lieferung an den Viehhandelsverband ob; ferner die Ueberweisung des Schlachtviehs an die Schlächter. Die Gesamtzahl der zulässigen Schlachtungen ist von der Reichsfleischstelle bestimmt. Es dürfen im Kreise Merseburg wöchentlich geschlachtet werden 88 Rinder, 48 Kälber, 180 Schweine, 27 Schafe. Davon ist aber auch der Bedarf der Truppen, des Gefangenenlagers und der Lazarette zu decken. Die Höchstzahl der Schlachtungen darf auf keinen Fall überschritten werden, deshalb sind auch die Hausschlachtungen Beschränkungen unterworfen. Fleischern und Hausschlächtern ist der selbständige Einkauf von Vieh vom 16. April an untersagt.

— Höchstpreisfestsetzungen. Der Höchstpreis für Speisekartoffeln ist vom Magistrat im Bezirk der Stadt Merseburg für die Zeit vom 15. April bis 14. Mai d. J. auf 5,60 Mark pro Zentner festgesetzt worden. Ferner sind für denselben Bezirk die bis jetzt bestehenden Höchstpreise für Gemüse im Kleinhandel außer Kraft gesetzt worden. Die festgesetzten Erzeugerpreise für Kohlrüben sowie die Herstellerpreise für Sauerkraut treten erst am 31. Mai d. J. außer Kraft.

Querfurt. Bedenkliches Treiben. Der Geschirrführer Otto Dettler aus Goldbitz war früher schon einmal wegen sittlicher Beleidigung bestraft worden. In letzter Zeit hatte er an verschiedenen Stellen wieder drei Schulmädchen und eine Frau belästigt, weshalb er von der Strafkammer in Naumburg wegen versuchten Sittlichkeitsverbrechens in vier Fällen mit drei Monaten Gefängnis bestraft worden ist.

Delitzsch. Der Konsumverein für Delitzsch und Umgegend hielt am letzten Sonntag seine ordentliche Halbjahresversammlung ab. Einleitend bemerkte der Geschäftsführer, Genosse Münger, in seinem Bericht, daß der Krieg die Notwendigkeit des Zusammenschlusses auf genossenschaftlichem Gebiete recht deutlich bewiesen habe. Durch die Ausschaltung des freien Handels und durch die Warenzuweisung der Verteilungsstellen mit den vorgeschriebenen Verkaufspreisen sei es dem Kleinhändler fast nicht mehr möglich, fortzubestehen. Nur der Großhandel kann durch Massenumsatz sich noch erhalten. Auch der Konsumverein hat unter Warenmangel ganz außerordentlich zu leiden. Die sonst gangbarsten Waren, wie Zucker, Kaffee, Hülsenfrüchte usw., sind fast nicht mehr zu haben. Von der vielbegehrten Margarine ist nur ein kleiner Teil des früher bezogenen Quantums erhältlich. Die Schlächterei mußte ganz eingestellt werden, da die erforderlichen Schlachttiere nicht zur Verfügung standen. Trotz all dieser unguinstigen Verhältnisse wurde noch ein Warenumsatz für das verflossene Halbjahr von 97 890 Mark erzielt. Das ist etwas weniger als im gleichen Zeitraum des vorausgegangenen Jahres, was erklärlich ist, da viele Waren nicht mehr vorhanden waren. Durch das Fehlen von Futtermitteln hat die Verkaufsstelle Schortau einen beträchtlichen Einnahmeausfall zu verzeichnen. Als erfreuliche Erscheinung ist die Mitgliederzunahme zu vermerken. In den ersten acht Monaten des laufenden Geschäftsjahres haben sich rund 100 neue Mitglieder eintragen lassen. Der finanzielle Stand des Vereins ist trotz der schweren Zeit ein guter geblieben, so daß die Hoffnung besteht, den Verein in seiner alten Leistungsfähigkeit zu erhalten. An den gehörten Bericht schloß sich keine Diskussion. Der folgende Tagesordnungspunkt, die Wahlen von Verwaltungsmitgliedern, wurde insofern erledigt, daß die Wahlen ausgesetzt und die jetzigen Mitglieder bis zur Beendigung des Krieges in ihren Aemtern bleiben. Da ein Verwaltungsmitglied eventuell noch zum Heeresdienst einberufen werden könnte, wurde als Ersatzmann Genosse W. Richter gewählt.

— Städtischer Spargel-Bezug soll auch hier von Anfang Mai bis Mitte Juni erfolgen. Durch Vereinbarung mit dem Gemüsebauverein in Braunschweig wird der Magistrat der hiesigen Einwohnerschaft wöchentlich zweimal frischgestochenen Spargel zuführen, und zwar: 1. Sorte, wovon etwa 15 der dünnsten Stangen ein Pfund wiegen, das Pfund zu 50 Pf.; 2. Sorte, wovon etwa 22 der dünnsten Stangen ein Pfund wiegen, das Pfund zu 40 Pf.; 3. Sorte, wovon etwa 35 der dünnsten Stangen ein Pfund wiegen, das Pfund zu 25 Pf. Der Verkauf an die Verbraucher soll wieder durch die Gewerbetreibenden, die sich dabei beteiligen wollen, an möglichst vielen Stellen der Stadt erfolgen.

Mansfeld. Höchstpreise für Rindfleisch für den Gebirgskreis. Mit sofortiger Wirkung erläßt der Landrat des Kreises eine Höchstpreis-Festsetzung für Rindfleisch, jedenfalls um einer weiteren sprunghaften Preissteigerung, wie sie auch hier in der letzten Zeit in die Erscheinung getreten ist, vorzubeugen. Die Verordnung setzt die Preise wie folgt fest: Rindfleisch mit Knochen 2.— Mk., Rindfleisch ohne Knochen 2,30 Mk., Filet 2,40 Mk., Roulade 2,40 Mk., Rostbraten ohne Knochen 2,40 Mk., Rinderzunge ohne Schlund 2,40 Mk., Rinderzunge mit Schlund 2.— Mk., Leber 1,80 Mk., Rindertalg, roh 1,80 Mk., Rindertalg, ausgelassen 2.— Mk., Gehacktes 2,80 Mk. das Pfund.

Artern. Zu dem schweren Bootsunglück wird noch folgendes Nähere berichtet: Beim Rudern kam ein mit den fünf Knaben Pomtow, Schirmer, Thierbach und Ernst und Otto Heseler besetztes Boot anscheinend dem Wehr zu nahe, geriet in den Strudel und wurde durch den Wasserdruck umgeschlagen. Die in einem zweiten Kahn etwa 50 Meter von der Unglücksstelle entfernten Knaben Liebmann und Herbst suchten zu Hilfe zu eilen. Während die beiden Heseler und Thierbach teils durch Schwimmen, teils durch die Hilfeleistung der Insassen des zweiten Bootes dem Tode des Ertrinkens entrannen, konnte den beiden Knaben Pomtow und Schirmer, die fest aneinandergeklammert schienen, Hilfe nicht gebracht werden. Die Boote sind von der Bootvermieterin nur an je zwei Knaben vermietet worden; die im Unglückskahn befindlichen weiteren drei Personen können also nur nachträglich zugestiegen sein.

Kölleda. Folgenreiner Denunziation. In der Ermittlungssache wegen Diebstahls von Militärbekleidungsstücken, die auf Denunziation der Frau Hornschuh gegen deren in Erfurt eingezogenen Ehemann eingeleitet worden war, hatte eine Haussuchung bei seinem Schwager Paul Belgob ein 3½ Meter langes ziemlich breites Stück Treibriemen im Werte von 40 Mk. zutage gefördert. B. wollte es vor vier Jahren von seinem Bruder geschenkt erhalten haben. Da dieser Bruder aber nicht gefunden werden konnte, um jene Zeit aber viel Treibriemen als gestohlen gemeldet worden waren, war B. vom Schöffengericht wegen Hehlerei zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Seine Berufung ist von der Strafkammer in Naumburg verworfen worden.

Wittenberg. Stadtverordnetensitzung. Aus den zur Kenntnisnahme vorgelegten Berichten und Mitteilungen ist zu bemerken, daß im Monat Februar 526 Personen zugezogen und 376 Personen weggezogen sind. Geboren fanden 27, Sterbefälle 56 statt; darunter waren 10 Kriegsteilnehmer und 5 Gefangene. Im Städtischen Krankenhaus wurden im gleichen Zeitraum 121 Personen verpflegt. Die Wahlperiode des Stadtrats Lauter war abgelaufen; er wurde mit 21 von 22 abgegebenen Stimmen wieder gewählt. Die Errichtung eines Städtischen Mietseinigungsamtes fand alleitige Zustimmung. Gewählt als Beisitzer wurden die Stadtvv. Gerecke (Mieter) und Friedrich (Vermieter), als deren Stellvertreter Lerchenstein (Mieter) und Slaritz (Vermieter). Wir werden diese Angelegenheit in einem besonderen Artikel behandeln. Der Haushaltungsplan für das Rechnungsjahr 1916 wurde in Einnahme und Ausgabe auf 871 000 Mark festgesetzt. Eine Erhöhung der Steuern findet nicht statt. Es werden erhoben an Einkommensteuer 196 Prozent, an Realsteuern 200 Prozent. Auch ist von einer Erhöhung des Gaspreises, wie man ihn anderwärts zum Ausgleich des Etats vorgenommen hat, Abstand genommen worden. Auch für die nächsten Jahre sind übermäßige Steigerungen nicht zu erwarten. Die zur Erhebung gelangenden Steuern verteilen sich folgendermaßen: Einkommensteuer 382 000, Gebäudesteuer 130 800, Gewerbesteuer 74 000, Grundsteuer 9 200, Zuwachssteuer 1 400, Umsatzsteuer 10 000, Biersteuer 13 000, Hundesteuer 4 000, Vergnügungssteuer 1 500, Marktstandsgeld 2 015, Bürgerrechtsgeld 1 397 Mark, in Summa 871 000 Mark. Für Schreibhilfen mußten für das laufende Rechnungsjahr noch 7000 Mark nachbewilligt werden. Der Pachtvertrag mit dem Obipächter Richter wurde, da dieser eingezogen ist, auf seinen Wunsch aufgehoben. — In der anschließenden geheimen Sitzung wurde einem Beamten eine persönliche Zulage von 1000 Mark gewährt; einem anderen eine Kriegszulage von 200 Mark. Weiter wurde dem Pachtvertrag des Landbezirks Fleischerwerder nach dem Vorschlag des Magistrats und der Fleischerwerder-Kommission zugestimmt.

Piesterritz. Gemeindevertretersitzung. In der letzten am Montag stattgefundenen Gemeindevertretersitzung wurde als erster Punkt die Wohnungsnot der hiesigen Gegend verhandelt. Der Gemeindevorsteher Schneider berichtete über die in Wittenberg in dieser Frage mit dem Regierungspräsidenten abgehaltenen Sitzung. Es wurde der Beschluß gefaßt, einen Anbau am Gemeindehause für 5 Familien bis zum 1. Juli zu errichten. Der Preis soll ungefähr 15 000 Mark betragen. Die Hundesteuer wurde von 5 auf 8 Mk. erhöht; der Zuschlag vom Kreis, der bisher 3 Mk. betrug, ist demnächst zu erwarten, so daß in Kürze die Hundesteuer, die bisher im ganzen 6 Mk. betrug, wahrscheinlich auf 16 Mk. steigen wird. Zur Unterbringung des Gemeindebureaus soll das Hausgrundstück Wiefelstede auf der Schulstraße für 15 000 Mk. erworben werden, was jetzt bereits geschehen ist. Sodann gibt die Gemeindevertretung noch nachträglich ihre Zustimmung zur Zeichnung von 15 000 Mk. zur letzten Kriegsanleihe. Da die Lehrerin Mund aus dem Amte scheidet, soll sich um Ersatz an die Regierung gewandt werden.

— Ungeheure Mietsteigerungen haben die Hauswirte in den hiesigen Orten zum 1. April vorgenommen. Es handelt sich dabei keineswegs um Hauswirte, die erst in letzterer Zeit gebaut und infolge des Zinsfußes und der sonstigen Verteuerungen im Baugewerbe gezwungen sind, erhöhte Mietpreise zu verlangen, sondern man kann fast durchweg hören, daß Mietsteigerungen von 30 bis 60 Mk. pro Jahr an der Tagesordnung sind und das bei Wohnungen, die bisher 120 bis 150 Mk. kosteten. Andere Hauswirte wieder haben ihre Mieter einfach gekündigt, um das Schlafburschenwesen einzuführen. Man braucht daher kein Prophet zu sein, um zu sagen, daß solche skrupellose Handlungsweise zur Katastrophe führen muß. Allen Mietern sei mitgeteilt, daß sie alle Mietsteigerungen und Auskündigungen dem Vorsitzenden des Mietervereins, Obertelegraphensekretär Fritsche-Wittenberg, mitteilen mögen. Das so gesammelte Material soll dann dem Regierungspräsidenten in einer nachsuchenden Rücksprache persönlich überreicht werden.

— Der Einfluß des Polizeihundes. Einem Arbeiter waren in den Stickstoffwerken seine Stiefel gestohlen. Da der Diebstahl sehr bald bemerkt wurde, so wurde der zufällig in der Nähe befindliche Gendarm Sörgel mit seinem Hund herbeigerufen. Es wurden sofort mehrere Arbeiter in ein Verhör genommen, und da man den Dieb unter ihnen vermutete, richtete man, unter Hinweis auf den Hund, die Aufforderung an sie, daß sich der Dieb melden solle. Und richtig, nach kurzem Zögern meldete sich einer der Anwesenden und führte den Beamten nach einer Stelle, wo er die Stiefeln versteckt hatte. Leider waren sie aber bereits wieder gestohlen. — Ob der Hund auch den zweiten Dieb gestellt hat, davon meldet die Geschichte nichts.

Militärversorgung und Invalidenrente.

Von einem erfahrenen Arbeitersekretär wird uns geschrieben:

Es ist unter unseren Kriegsbeschädigten noch gar nicht genügend bekannt, daß ihnen im Falle der durch Erkrankung, Verwundung oder sonstigen Kriegsdienstbeschädigungen eingetretenen Invalidität neben der Militärversorgung auch der Anspruch auf die reichsgesetzliche Invalidenrente zusteht. Voraussetzung dabei ist natürlich, daß die Anwartschaft auf Invalidenrente zur Zeit des Eintritts der Invalidität erworben und die Anwartschaft nicht erloschen ist. Die Anwartschaft ist mit 200 Beitragswochen erworben. Als Beitragswochen gelten nicht nur die durch Beiträge selbst belegten, sondern auch Krankheits- und Militärdienstzeiten, wenn sie sich an eine versicherungspflichtige Beschäftigung anschließen. Die Anwartschaft erlischt, wenn nicht in jedem zweijährigen Zeitraume mindestens 20 Beiträge entrichtet sind. Für die freiwillig in die Versicherung Eingetretenen müssen in diesem zweijährigen Zeitraume jeweils 40 Marken verwendet sein. Die Militärdienstzeit gilt, wie oben gesagt, als anrechnungsfähige Beitragszeit, und daher tritt während des Militärdienstes kein Erlöschen der einmal erworbenen Anwartschaft ein. Die Invalidenrente wird gegeben, wenn jemand im Sinne der Invalidenversicherung invalide ist. Invalidität liegt dann vor, wenn ein Versicherter nicht mehr imstande ist, ein Drittel desjenigen zu erwerben, was Körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art, mit ähnlicher Ausbildung, in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen. Ist die Invalidität dauernd, d. h. ist nach menschlichem Ermessen in absehbarer Zeit eine Aenderung des Zustandes nicht zu erwarten, kann wird die Invalidenrente vom Beginn dieser Invalidität gegeben. Ist sie jedoch nur vorübergehend, d. h. in absehbarer Zeit zu erwarten, daß der Beschädigte wieder mehr als ein Drittel zu erwerben imstande ist, dann wird die sogenannte Krankenrente vom Beginn der 27. Woche seit dem Eintritt der vorübergehenden Invalidität gewährt. Für den Bezug der Invalidenrente ist die Entlassung aus dem Heeresverbande nicht erforderlich. Die Rente kann also auch solchen Soldaten gewährt werden (vorausgesetzt, daß sie invalide sind), die sich noch in militärärztlicher Behandlung befinden. Ob Invalidität vorliegt, ist zumeist Gegenstand ärztlicher Beurteilung. Wer z. B. das rechte Bein im Oberschenkel verloren hat, oder den rechten Arm, würde nach den Grundsätzen, wie sie sich durch die Rechtsprechung herausgebildet haben als dauernd invalide zu erachten sein und würde die Invalidenrente vom Beginn der Invalidität zu begehren haben. Wer beispielsweise eine schwere Verkümmelung des Armes erlitten hat, von der angenommen werden kann, daß sie sich durch medika-mechanische Uebung bessert, in solchem Maße, daß der spätere Zustand keine Invalidität bedingt, wird als vorübergehend invalide angesehen werden müssen, und ihm würde vom Beginn der 27. Woche ab die Krankenrente zustehen.

Die oben gegebenen Beispiele sind eben nur Beispiele. Die gesamten persönlichen Verhältnisse des von einer Beschädigung Betroffenen müssen bei Prüfung der Frage, ob Invalidität vorliegt, in Betracht gezogen werden. Während es bei einem der Fall sein kann, braucht das bei dem andern nicht zuzutreffen. Die Beispiele sollen nur ganz allgemein einen Anhaltspunkt für den Unterschied zwischen dauernder und vorübergehender Invalidität geben.

Der Anspruch auf Invalidenrente ist bei dem Versicherungsamt des Aufenthaltsortes des Soldaten geltendzumachen. Das kann zu Protokoll des Schreibers geschehen oder, wenn der Soldat unfähig ist, sich zum Versicherungsamt zu begeben, auch schriftlich. Am besten ist es, den Anspruch mündlich zu Protokoll zu erheben, weil eine mündliche Rücksprache irgendwelche Punkte besser klären kann, als durch ein langes Hin- und Herschreiben möglich ist. Dem Antrage sind beizufügen die letzte Invalidenquittungskarte, die Aufrechnungsbescheinigungen über früher ausgetauschte Invalidenkarten, die Geburtsurkunde und bei Verheirateten auch die Heiratsurkunde und die Geburtsurkunden der Kinder. Bei dem Vorhandensein von Kindern unter 15 Jahren erhöht sich nämlich die Invalidenrente um ein Zehntel für jedes Kind bis zum Höchstbetrage der einfachen Invalidenrente.

Die Rechte, wie sie vorstehend geschildert sind, sind manchem Soldaten ganz unbekannt, und es liegt uns Daheimgebliebenen deshalb die Pflicht ob, diese Kenntnis unter ihnen nach Möglichkeit zu verbreiten.

Irgendeinen Einfluß auf die Militärversorgung hat der Bezug der Invalidenrente oder der Krankenrente nicht. Die Invalidenrente wird also neben der Militärrente gewährt.

Wirtschaftspolitik.

Die Nahrungsmittelversorgung im „dritten Kriegswinter".

Der Nahrungsmittelausschuß des Deutschen Städtetages hielt am Dienstag im Berliner Rathaus eine Sitzung ab, um darüber zu beraten, wie die zahlreichen Widerwärtigkeiten, die im Verlaufe dieses Krieges in bezug auf die Nahrungsmittelversorgung, namentlich der großstädtischen Bevölkerung, eingetreten sind, in Zukunft, und besonders nach der diesjährigen Ernte beseitigt werden können. In der Sitzung wurde eine Eingabe an die Reichsregierung beschlossen, deren Hauptinhalt der Hinweis auf die dringende Notwendigkeit ist, unter Benutzung aller bisherigen Erfahrungen schon jetzt eine umfassende Versorgung für die Ernährung der städtischen Bevölkerung im nächsten Erntejahre zu treffen. Außerdem hat der Städtetag noch an die Reichsfleischstelle und die zuständigen Behörden eine Eingabe gerichtet, in der darum gebeten wird, eine genaue Feststellung aller in der Stadt und auf dem Lande vorhandenen Fleischwaren, auch in geräuchertem, gesalzenem und gepökeltem Zustande vornehmen zu lassen, damit auch hier ein Ueberblick über die vorhandenen Vorräte und die praktische Verteilung an die Städte für die Zukunft möglich ist.

Allerlei.

Butter als — Wagenschmiere!

In einem Wiener Blatte wird berichtet: In Krems ist der Höchstverkaufspreis für Butter mit 5 Kr. das Kilogramm festgesetzt. Ein Funktionär einer niederösterreichischen Bezirkshauptmannschaft fuhr dieser Tage hinaus und versuchte bei einem bekannten Meiereibesitzer und Großfuhrmann Butter zu kaufen. Es wurde ihm folgende klassische Antwort zuteil: „Ich habe wohl Butter vorrätig, kann sie aber nicht verkaufen. Ich müßte die Butter um 5 Kr. das Kilogramm hergeben und das Schmieröl für meine vierzig Wagen mit 9 Kr. das Kilogramm bezahlen. Da bleibt mir eben nichts übrig, als die Wagen mit der Butter zu schmieren. . . ."

Wie muß ein Menschenmagen eine Wagenachse keneiden!

Aufforstung der Kahlköpfe.

Es ist erreicht! Der Verlag G. B. Teubner in Leipzig gibt soeben ein Büchlein Kosmetik heraus, in dem von einer „Erfindung" die Rede ist, die alle mit mehr oder weniger großen „Glatzen" behafteten Zeitgenossen in freudige Erregung versetzen muß. Der Verlag sagt darüber in einer Pressenotiz:

„Die Erfindung ging in der letzten Zeit von Budapest aus. Nachdem schon vorher Versuche von einem türkischen Arzt mit der künstlichen Einpflanzung von Haaren gemacht wurden, haben dann Szekely und Havas im großen diese Idee durchgeführt und sind zu sehr bemerkenswerten Resultaten gekommen. Sie ziehen vermittels eines Goldhäkchens feinstes zu einer Schlinge geknüpftes Frauenhaar unter strenster Asepsis in die Kopfhaut ein und erzielen durch diese Vornahme, die bei genügender Uebung mit großer Schnelligkeit vor sich gehen soll, eine vollständige Bepflanzung der vorher kahlen Stellen. . . ."

Die W. a. M. bemerkt launig dazu: Wie ein Hoffnungsstrahl wird's unter allen Kahlköpfen aufleuchten: Aufforstung der entschwundenen Bestände. Und endlich wird auch der „Friseur" zur entsprechenden deutschen Benennung kommen: Kahlkopfförster.

Die Eierkur. Ein praktischer Arzt in Berlin, der Kassenarzt einer Betriebskrankenkasse ist, hatte einem Kassenpatienten, der an einem Magenleiden erkrankt war, vier bis sieben rohe Eier für den Tag für die Zeit von drei Wochen verschrieben, wodurch der Kasse eine Kostenlast von 18 Mk. erwuchs. Die Kasse, die sich den Betrag zu zahlen weigerte, machte geltend, Eier könnten nicht als Heilmittel gelten, es gäbe dafür genügend medizinische Ersatzmittel, die einem kranken Magen zuträglicher wären, als vier bis sieben Eier täglich. Das Versicherungsamt verurteilte die Kasse zur Bezahlung der Eierkur, und das Oberversicherungsamt bestätigte dieses Urteil. Vom Arzt verschriebene Eier seien zweifellos als „Heilmittel" anzusehen. Sowohl sie vom Kassenarzt verordnet würden, müßten deren Kosten auch von der Kasse getragen werden.

Genickstarre in Holland. Das holländische Kriegsdepartement teilt mit, daß wegen des Auftretens der Genickstarre in verschiedenen Gemeinden die Einberufung des Rekrutenjahrganges 1916 und der Landsturmmänner, die vom 10. bis 16. April in die Armee eingestellt werden sollten, aufgeschoben würde.

Briefkasten der Redaktion.

Feldpost-Abonnent. Wenn, wie aus Ihrer Zuschrift zu entnehmen, Ihre Mutter „bedürftig" ist, muß sie die Unterstützung erhalten. Sie muß sich zunächst an den Gemeindevorstand und bei Ablehnung an den Landrat wenden.

Landsturm. Wir wüßten nicht, weshalb die Unterstützung gekürzt worden ist. Ihre Frau soll sich einmal bei dem Auszahler um die Ursache erkundigen.

Nr. 200 und 201. Den Freifahrtschein soll es bei jedem Urlaub geben, abgesehen von den häufig wiederkehrenden Beurlaubungen, wie Sonntagsurlaube usw. Er soll allen Mannschaften zuteil werden, nicht nur den Landwirten und Geschäftsleuten. In allen diesen Fällen, in denen freie Fahrt gewährt wird, soll es auch Verpflegungsbährnisse geben (pro Tag 1,50 Mk.).

Frau W. in W. Die Zeitungsberichte über die Kriegsbeihilfen für Kinder sind nicht so aufzufassen, daß Sie abgezogen bekommen sollen. Jene Zeitungsmitteilung der bürgerlichen Blätter, die viel Irrtum hervorgerufen hat, bezieht sich überhaupt auf ganz andere Verhältnisse.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Freitag, den 14. April: Wechselnde Bewölkung, zeitweise Regen, geringe Wärmeänderung.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Verantwortlich für: Politik und Vorkehnachrichten Paul Hentig; Unterhaltungsbeilage, Gewerkschaftliches und Allerlei Karl Boch; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Wilhelm Koenen; Anzeigen Wilhelm Bergig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160413-16/fragment/page=0007

Arbeiter! Gastwirtschaften und Ausflugslokale, in denen das Volksblatt nicht aufliegt, sind keine geeignete Stätten für Volksblattleser.

Walhalla-Theater

Anfang 8[10] Uhr. 208

Nur noch 2 Aufführungen!

„Die Prinzessin vom Nil“

Operette in 3 Akten von Viktor Holländer.
Sonnabend, neu einstudiert: **„Die Schiffbrüchigen“.**

Neue Kapelle! **Oberpollinger** Neue Kapelle!
Jägergasse 1. Ecke Gr. Ulrichstr.
Täglich **grosse Künstler-Konzerte** 8 Damen, 2 Herren.
Eintritt Wochentags frei!
Ergebenst ladet ein 35 Frau **Elsa Beth.**

Kriegskarten-Atlas

enthaltend 10 Karten der verschiedenen Kriegsschauplätze.
Handliches Taschenformat. Große Maßstäbe. Vielfarbige Drucke.

Praktische Liebesgabe.

= Preis 1.50 Mark. =

Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle a. d. S., Harz 42/44.

„Nordsee“

Große Ulrichstraße 58,
Telephone: 1274 und 1275, 210

Für den fleischlosen Tag empfehlen:

Pa. Angelschellfisch klein . . . . . Pfund **78** Pf.
Bratschellfisch . . Pfd. **68** Pf. ‖ Angel-Kabeljau . Pfd. **78** Pf.
Kabeljau o. Kopf, Pfd. **88** Pf. ‖ Schellfisch o. Kopf, Pfd. **93** Pf.
Senfspeisetunke „Freya“ . . ¼ Pfund **23** Pf.
Täglich frische Räucherwaren.
Allerfeinste Sprotten . . . . . Pfundkiste **88** Pf.
ff. geräucherte Lachsheringe . . . Stück **39** Pf.
Echte Kieler Bücklinge und Sprotten.

Neu erschienen:

Die Front-Linie im Westen.

Sechs Kriegs-Sonderkarten im Maßstabe 1 : 235000
mit eingezeichneter **roter Front-Linie**
(Stellung Mitte März ds. Js.)
Herausgegeben von **Wolffs Telegraphischem Bureau** (W T. B.)

Preis 1 Mark.

Volks-Buchhandlung.

Lieferung erfolgt auch durch die Austräger oder durch die Post gegen Einsendung von 1.10 Mark.

206 **Seife,**
weiche, vorzüglich zur Wäsche u. Haushalt, gutschäumend,
5 Pfd. Mk. 2.50.
Niemeyerstr. 11, Eingang Landwehrstr.

Das ABC der Schneiderei
ist der Gebrauch der vorzüglichen Favorit-Schnitte, die gut. Gelingen gewährleisten. Selbst Unerfahrene können damit Vorzügliches leisten. Anleitung durch d. neue **Favorit-Moden-Album** nur 60 Pf. bei
W. F. Wollmer, *79
Grosse Ulrichstrasse 6—8.

Ansichtspostkarten empfiehlt die **Volksbuchhandlung**

VOLKSPARK

Sie speisen gut, appetitlich und preiswert im eigenen Heim der Halleschen Arbeiterschaft.
Reichhaltiger, kräftiger und wohlschmeckender, guter
Mittagstisch

Wohnungs-Anzeigen

Wohnung, St., K., K., für 180 M. zum 1. Juli 1916 zu vermieten
190 **Brachwitzerstraße 1.**

Beginn 4 Uhr.

Astoria-Lichtspielhaus.
Alte Promenade IIa.

Spielplan vom 14. April bis 20. April.

Passage-Theater.
Leipziger Strasse 88.

Ein mysteriöser Fall!

Joe Deebs, der Welt-Detektiv in seinem 4. Abenteuer:

Fabelhafter Detektiv-Schlager in 4 Akten.
Unerreicht in Spannung und verblüffender Effekte!
211

Und alle Schuld rächt sich auf Erden!

Schauspiel in 3 Akten.
Hauptrolle: **Ludwig Trautmann.**
Regie: **W. Schmidthässler.**

Das Geheimnis der Prärie.

Ein Lebensbild von den Goldfeldern Alaskas. Leben, Lieben u. Hassen in dem wildesten Westen Amerikas.
Herrliche Szenerie. Spannende Handlung.
1 Vorspiel. 4 Akte.

Harzer Käse.

? ! ?

Sonntags 3 Uhr.

Stadt-Theater Halle

Direktion: **Leopold Sachse.**
Fernruf 1181.

Freitag den 14. April 1916:
226. Vorstellung.
Freitag-Stammkarten gültig.
Mignon.
Oper in 3 Aufzügen von A. Thomas.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.
212

Sonnabend den 15. April 1916 abends 8 Uhr:
Letztes Sinfonie-Konzert
des Stadttheater-Orchesters.
Solistin:
Wera Schapira (Klavier).

Thalia-Theater

Sonntag, 16. April, abends 8 Uhr
Gastspiel des Stadttheater-Personals.
213 **Jugend.**
Liebesdrama von Max Halbe.

Zigarren, Zigaretten und Tabake F
in großer Auswahl
empfiehlt
Ed. Jungmann,
Thomasiusstrasse 38-39,
Ecke Rud. Haymstraße.

Zöpfe

von 2 Mark an, 3, 4, 5, 6, 9, 12, 16, 18 bis 20 Mark und über 1 Meter lang, **10%** Rabatt. Versand nach Einsendung einer Haarprobe. Alle Ersatzteile in großer Auswahl. 209

∴ Kopfwäsche ∴
mit Teerseife und Frisur
80 Pfg.
Zopf-Siebert,
Halle a. d. S., nur **Leipzigerstr. 33** u. 79, I. Größtes Spezial-Haar-Geschäft der Provinz Sachsen.

Empfehle mich höflichst für
alle Buchbinder-Arbeiten.
Max Morgner, Halle (Saale),
Papierhdlg. und Buchbinderei,
204] Triftstr. 20. Teleph. 3307.

Achtung, Hausfrauen!
Zahle für wollene Strumpfabfälle
höchste Tagespreise,
sowie f. Lumpen, Metalle, Knochen und Eisen höchste Preise; hole auf Wunsch auch selber ab. 40
Zahle auch für gebr. Säcke jeder Art höchste Tagespreise.
Paul Günther, Taubenstr. 3, Hof hinten links.

Blumenkästen,
40, 50, 60, 70—100 cm, **kaufen** Sie gut und billig bei
Max Sobel,
Halle a. d. S., Steinweg 45 und Ammendorf, Bahnhofstraße 3. 205
Mitglied d. Rab.-Spar-Ver.

Bekanntmachung,
betr. Brotmarken.

Nachdem alle Metallbrotmarken, **die nicht in H-Form durchlocht** sind, für **ungültig** erklärt worden sind, werden alle diejenigen Personen, die **undurchlochte Metallbrotmarken** noch im Besitz haben, nochmals hierdurch aufgefordert, **diese an die zuständige Brotmarkenausgabestelle innerhalb der nächsten Woche zurückzugeben.** Ein weiteres Zurückbehalten der Marken, die städtisches Eigentum sind, ist unzulässig.

Halle, den 10. April 1916.

Der Magistrat. F

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 6, Abs. 2 der Bundesratsverordnung über Fleischversorgung vom 27. März 1916 (R.-G.-Bl., S. 199) und der mir durch Erlaß des Herrn Landwirtschaftsministers vom 4. April 1916 — I A I e 2110 — erteilten Ermächtigung **wird hiermit** für den Umfang der Provinz Sachsen bestimmt:

§ 1. Schlachtungen von Rindvieh, Schafen und Schweinen für den eigenen Wirtschaftsbedarf des Viehhalters **(Hausschlachtungen)** bedürfen der vorherigen schriftlichen **Genehmigung** des Landrats, in Stadtkreisen des Ober- (Ersten) Bürgermeisters. Dasselbe gilt auch für Schlachtungen für den Bedarf einer von dem Viehhalter betriebenen Gast-, Schank- oder Kantinenwirtschaft.

Bei Einholung der Genehmigung ist das Bedürfnis für die Schlachtung nachzuweisen und hierzu anzugeben

1. das Lebendgewicht des Schlachttieres,
2. seit wann das betreffende Tier in der Wirtschaft des Antragstellers gehalten wird,
3. Zahl und Alter der Wirtschaftsangehörigen des Haushalts, für den die Schlachtung erfolgen soll,
4. welche Tiere im Wirtschaftsbetriebe des Viehhalters seit dem 1. Dezember 1915 geschlachtet worden sind,
5. welche Vorräte an Dauerwaren (einschl. Fleischkonserven) in der Haushaltung vorhanden sind.

§ 2. Das aus Hausschlachtungen gewonnene Fleisch darf nur unentgeltlich oder an Personen abgegeben werden, die zum Haushalte des Viehhalters gehören oder in seinem Dienste stehen.

§ 3. Unrichtige Angaben in dem Genehmigungsantrage (§ 1) sowie Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der §§ 1 und 2 werden nach § 12 der Bundesratsverordnung vom 27. März 1916 (R.-G.-Bl., S. 199) bestraft.

§ 4. Die genehmigten Hausschlachtungen sind auf die für den Kommunalverband zugelassene Zahl der Schlachtungen nach den von der Reichsfleischstelle aufgestellten Grundsätzen anzurechnen. (Ausf. Best. vom 29. 3. 1916 zu d. Bd. R.-V. v. 27. 3. 1916).

§ 5. Diese Anordnungen treten sofort in Kraft.

Magdeburg, den 10. April 1916. F.

Der Oberpräsident: von Hegel.

Praktischer Wegweiser
empfehlenswerter Einkaufsquellen
Erscheint wöchentl. einmal **Halle a. S.-Land** Zur Beachtung empfohlen

Ammendorf
Thronicker & Lipffert, Cigarr.-F. Halleschestr. 22 Bahnhofstr. 2a

Beigern
Roland-Brauerei
ff. Lagerbier, Einfachbier, hell u. dunkel. Fabr. alkoholfr. Getränke

Bitterfeld
R. Kresse, Fleischer., ff. Wurstwaren, Brauert-, Ecke Neuestr.
G. Raack Musik-Instrumente Saiten, Burgstr. 49.
Gebr. Raack Spezialgeschäft für Herr.-Artikel Markt 5
A. Röbel Kolonialwaren Innere Bismarckst. 40
F. Trabitzsch Cigarr., Cigarett. Kaiserstr. 58.

Bockwitz
Käserei Finsterwalde

Delitzsch
W. Brade Eilenb. Str. 30, Eisenw. Haus- u. Küchenger.
W. Rehn, Brotbäckerei.
M. Rieseler Kinderwag. Korbwaren 5%
Walter Seidel Kolonialwaren Einburgerlest. 53

Döllnitz
Oscar Gröbel
Lager sämtlicher Bedarfsartikel

Düben a. M.
Rich. George Cigarr.-, Cigarett.- u. Tabakhandlung

Gräfenhainichen
Karl Zinke Brot- Weiß- und Feinbäckerei.

Hettstedt
S. Rosenberg
Konfektion und Manufakturwaren

Könnern
Ed. Letz & Co. G. m. b. H.
Kolonial-, Manufaktur- und Eisenwaren.

Mühlberg a. E.
R. Schmidt Bäckerei, Liefer. d. Kons. Wenzendorf

Merseburg
Meuschauer Mühle, G. m. b. H.
Merseburg
Herstellung von Ia Weizen- u. Roggenmehlen, alle Sorten Futterartikel in best. Qualität zu billigsten Tagespreisen.
Max Schneider
Fahrr., Nähm., Sprechapparate, Reparaturwerkst. Schmalest. 10
Th. Ebert Entenplan 13, Mechaniker, Optiker
R. Hellermann Gotthardtstr. 29 ff. Fleisch- u. Wurstw.

Ortrand
H. Walther Hüte, Mützen, Filzwaren, Herr.-Artik.

Sangerhausen
Herm. Bader
Apoth. Sangerhausen gegr. 1668
Liefert für alle Krankenkassen, Allopatie u. Homöopatie.
Verbandstoffe, Drogen, Chemikalien.
Ottomar Hecker Cigarren. eig. Fabrikation.
Sangerhäuser Färberei und chem. Waschanstalt, Ulrichstr. 5
R. Tausendschön Möbelmagaz. Verteilhf. Bezug

Piesteritz
Otto Dlabka, Bäckerei.

Torgau
Kolonial- und Eisenwaren
Farben und Sämereien
kauft man sehr günstig bei
Herm. Leibnitz
Dresdner Waldschlößchen-Biere
sind in Qualität unübertroffen
Lieferung frei Haus.
Fernsprecher Nr. 412
Paul Kobisch Kaufhaus Bäckerstr. 6
E. Weiswange Blumengeschäft Handels-Gärtnerei

Wittenberg
Gasthof zum Holzmarkt
Bürgerlicher Mittagstisch
Logis von Mk. 1.— an. Tel. 222
40 Betten. Fritz Richter.

Wittenberg
Das edelste Qualitätsbier ist **Aktien-Bier**
A. G. Wittenberg.
Curt Krüger
Werkzeuge-Eisenwaren
Wirtschaftsartikel
Aug. Linke Hüte Mützen, Pelz- u. Filzwaren.
A. Strensch Nachfg.
Galanterie-, Kurz-, Spiel- und Eisenwaren, Glas, Porzellan, Haus- und Küchengeräte.
Schloß-Drogerie
Koswigerstr. 29
beste Bezugsquelle für Farben und Drogen

Zahna
B. Hartmann Kolonial-, Eisen-, Kurzwaren, Werkzeuge.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160413-16/fragment/page=0008